

# **Saisir l'Europe - Europa als Herausforderung**

**Deutsch-französisches Netzwerk für Nachwuchswissenschaftler in den  
Geistes- und Sozialwissenschaften**

**- Vorhabenbeschreibung vom 3.5.2012 -**

## Inhalt

I. Ziele, Themen und Problemstellungen.....	3
1. Europa – eine Herausforderung für die Geistes- und Sozialwissenschaften .....	3
2. Teilprojekt I: Herausforderung Sozialstaat.....	6
a) Thema und Problemstellung .....	6
b) Arbeitsziele.....	9
3. Teilprojekt II: Herausforderung Nachhaltigkeit .....	12
a) Thema und Problemstellung .....	12
b) Arbeitsziele.....	15
4. Teilprojekt III: Herausforderung urbane Gewalträume .....	16
a) Thema und Problemstellung .....	16
b) Arbeitsziele.....	21
5. Ein grenzüberschreitendes Netzwerk.....	23
6. Qualifikationschancen für Nachwuchswissenschaftler.....	24
III. Arbeitsplan.....	24
1. Arbeitsformate der Teilprojekte.....	24
2. Interne Koordination und Kommunikation der Teilprojekte und des Netzwerks.....	25
3. Qualitätssicherung der Doktoranden- und Postdoktorandenbetreuung .....	25
4. Sprachen.....	25
5. Die Netzwerktreffen.....	26
a) Das "kleine" Eröffnungstreffen.....	26
b) Das "große" Eröffnungstreffen .....	26
c) Die jährlichen Netzwerktreffen .....	26
d) Das Abschlusskolloquium .....	26
6. Zeitplan .....	26
IV. Verwertungsplan.....	27
1. Allgemeine Verwertungsmaßnahmen.....	27
a) Verwertung in der <i>scientific community</i> .....	27
b) Verwertung in der Öffentlichkeit .....	28
c) Verwertung in der Praxis .....	29
d) Übersetzungen .....	29
2. Spezifische Verwertungsmaßnahmen der Teilprojekte .....	30

a) Verwertung Teilprojekt I .....	30
b) Verwertung Teilprojekt II.....	31
c) Verwertung Teilprojekt III.....	32
V. Arbeitsteilung in einer Netzwerkstruktur mit langfristiger Perspektive .....	33
1. Projektpartner.....	33
2. Doktoranden und Postdoktoranden.....	35
3. Wissenschaftliche Partnerinstitutionen der drei Teilprojekte .....	36
a) Partner des Teilprojekts I.....	36
b) Partner des Teilprojekts II .....	37
c) Partner der Teilprojekts III .....	38
4. Formen der Zusammenarbeit .....	38
a) Leitung des Netzwerks.....	39
b) Koordination des Netzwerks .....	39
c) Auswahlkommission(en) .....	39
d) Arbeitsgruppen der Teilprojekte.....	40
e) Jahresversammlung.....	40
f) Wissenschaftlicher Beirat.....	41
5. Langfristige Perspektiven des Netzwerks.....	41

Anhang : Organigramm und Ablaufplan

## **I. Ziele, Themen und Problemstellungen**

### **1. Europa – eine Herausforderung für die Geistes- und Sozialwissenschaften**

Ziel des Gesamtprojektes ist es, Europa und seine Gesellschaften intellektuell neu zu „begreifen“, die Kategorien, Methoden und Deutungsmuster, in denen zentrale und aktuelle Probleme des Kontinents verhandelt werden, zu reflektieren, die empirische Wissensbasis zu erweitern, gleichzeitig aber auch die Akteure zu ermutigen, die Handlungsmöglichkeiten zu „ergreifen“, die sich daraus für Europa ergeben. Zentraler Bestandteil des Gesamtverbundes ist die institutionelle Verankerung der themenzentrierten, interdisziplinären und internationalen Zusammenarbeit in den Themenbereichen „Sozialstaat“, „Nachhaltigkeit“ und „urbane Gewalträume“.

Die Europäische Union erlebte im Jahr 2011 die wohl turbulenteste Phase seit ihrer Gründung. Auslöser der anhaltenden gleichermaßen ökonomischen wie gesellschaftlichen und politischen Erschütterung war eine globale Finanzkrise, die nicht nur Banken, sondern auch ganze Staaten in Schieflage brachte und so die

gemeinschaftliche Währung und damit eine der Säulen der politischen Gemeinschaft bedroht. Konflikte und Krisen halten die EU schon seit der Jahrtausendwende in Atem. 2005 scheiterte der Versuch, der EU eine Verfassung zu geben. Migration nach Europa, welche die immer höher werdenden Sicherheitsbarrieren zu unterlaufen versucht, hat Tausende von Todesopfern gefordert und die gemeinsame Einwanderungspolitik unter Druck gesetzt, ja sogar Zweifel an der innereuropäischen Bewegungsfreiheit geschürt. Hinter den 2007 gesteckten Klimazielen bleiben die EU-Staaten deutlich zurück, und für neue Initiativen zugunsten einer ökologischeren Zukunft scheint angesichts leerer Staatskassen der Mut zu fehlen. Die dramatischen Entwicklungen der letzten Jahre verschärfen die gesellschaftlichen Debatten über Schlüsselthemen wie Arbeit, Bildung, Vorsorge, Nachhaltigkeit, Sicherheit, Vielfalt und soziale Balance. Nach Jahrzehnten der fortlaufenden Erweiterung, der inneren Integration und des wachsenden Wohlstands in Europa scheint der Prozess der Europäisierung ins Stocken gekommen zu sein.

Für die Geistes- und Sozialwissenschaften bedeuten die vielfältigen Krisen der EU eine nicht zu unterschätzende Herausforderung. Als international vernetzte (und vielfach aus EU-Mitteln geförderte) Elite hatten sie sich vielfach als Teil und als Fürsprecher der europäischen Erfolgsgeschichte verstanden und sich in den Gewissheiten einer gedanklichen Ordnung eingerichtet, die fortschreitende Europäisierung als Selbstläufer, ja geradezu als Telos ansah. In diesem Sinne suchten die Historiker nach den langen Traditionen der europäischen Einheit, nach dem Europa der Antike, des Mittelalters und der Neuzeit. Die Sozialwissenschaften erforschten Verflechtung und Konvergenz der europäischen Gesellschaften. Die Kulturwissenschaften widmeten sich den Elementen einer gemeinsamen europäischen Identität. Doch angesichts der Krisen scheint es nötig, die wissenschaftlichen Grundannahmen zu überprüfen. Es gilt, Europa neu und anders zu denken: nicht als etwas Gegebenes, sondern als eine Herausforderung für die Politik, für die Gesellschaften, aber auch für das Denken.

In neueren Betrachtungen erscheint Europa vielmehr als ein ehrgeiziges politisches Projekt – mit Befürwortern und Gegnern, mit Erfolgen und Problemen, mit Chancen und Grenzen, mit Gewinnern und Verlierern, mit Hochphasen und mit wiederkehrenden Krisen. So hat sich die Geschichtswissenschaft in jüngerer Zeit verstärkt mit den Ambivalenzen von historischen Europa-Konstruktionen, etwa mit den faschistischen Europaideen der 1930er Jahre, auseinandergesetzt. Sie hat die jahrhundertealte Geschichte des Euro-Skeptizismus erforscht und auf das komplexe Verhältnis von Europäisierung und Gewalt hingewiesen. In der gegenwärtigen Lage ermutigend ist die Erinnerung der Historiker daran, dass die Europäische Union aus Krisen geboren und in Krisen gewachsen ist, weshalb eine Krise nicht zwangsläufig ihr Ende bedeuten muss.

Die Politikwissenschaft hat auf die Grenzen der Problemlösungskompetenzen der europäischen Bürokratie, auf Bürgerferne und Demokratiedefizite eines übernationalen politischen Systems aufmerksam gemacht. Die Soziologie hat gezeigt, welche starken exklusiven Tendenzen die Europäisierung vielfach hatte. Die Kulturwissenschaften und Area Studies haben uns für den Blick von außen sensibilisiert und gemahnt, Europa zu "provinzialisieren" und Europa als "das Andere" zu verstehen.

Drei Themen von großer politischer und gesellschaftlicher Relevanz in ganz Europa sollen im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Arbeit des Projektes "Saisir l'Europe - Europa als Herausforderung" stehen: Erstens die europäischen Sozialstaaten, ihre Geschichte und ihre gegenwärtige Erschütterung in Zeiten knapper Kassen sowie gleichermaßen mobiler wie älter werdender Gesellschaften; zweitens das Problem der Nachhaltigkeit, das – weit über den Umweltschutz hinaus – zu den übergreifenden Fragen zukünftiger Gesellschaften gehört; drittens das Phänomen der Gewalt in den Städten, das die Wirklichkeit und Wahrnehmung der Lebensqualität in Europa stark beeinflusst. In allen drei Bereichen geht es um eine – nicht erst heute – anstehende Neujustierung staatlichen Handelns im Bezug auf sich verändernde Gesellschaften und wandelnde globale Rahmenbedingungen. Entsprechend gibt es transversale Fragestellungen, die sich im Kontext aller drei Forschungsachsen gleichermaßen stellen:

(1) In allen drei Teilprojekten zeigt sich, dass die europäischen Gesellschaften durch ein hohes Maß an **Mobilität und Verflechtung** geprägt sind, die ihre Strukturen maßgeblich verändert haben. Dazu gehören erstens die Migrationsbewegungen innerhalb der Europäischen Union und die Mobilität zwischen Europa und der Welt. Tiefgreifenden Einfluss hat zweitens die infrastrukturelle und kommunikative Verflechtung, welche die europäischen Gesellschaften zunehmend prägen. Hier sind Transfers zwischen den europäischen Gesellschaften als Vorgänge kreativer Aneignung in ihrer Wirkung auf eine „Europäisierung von unten“ in den Blick zu nehmen. In hohem Maße beweglich scheinen auch die gegenwärtigen Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Entwicklungen zu sein – dies verdeutlicht beispielhaft die **Volatilität** der Märkte. Mobilität, Verflechtung und Volatilität wirken sich tiefgreifend in allen drei genannten Handlungsfeldern – Sozialstaat, Nachhaltigkeit und urbane Gewalt – aus.

(2) Mit den genannten gesellschaftlichen Bewegungen gehen **Umbrüche der Raumvorstellungen** und der **räumlichen Ordnungen** einher. Auch wenn der Nationalstaat als privilegierte Bezugsgröße für identitäre Konstruktionen noch längst nicht seine Bedeutung verloren hat, ist seine Relevanz geschrumpft. Individuen, Gruppen und Politiken verorten sich in lokalen, regionalen oder europäischen Räumen, die vielfach grenzüberschreitend und transnational sind. Wirksames politisches Handeln kann an dieser Pluralisierung der Raumordnungen ebenso wenig vorbeigehen wie an der extremen Erweiterung der Horizonte von Politik und Gesellschaft, welche durch die Prozesse der **Globalisierung** ausgelöst wird.

(3) In allen drei Teilprojekten stellt sich das Problem der **Europäisierung** in jeweils unterschiedlicher Art und Weise. Zum einen gilt es, die Wirkungen europäischer Politiken „von oben“ auf die Staaten und die Menschen des Kontinents zu evaluieren: Inwiefern hat die Koordination von der Brüsseler Zentrale aus zu Konvergenzen in den politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen geführt? Oder haben unterschiedliche Auslegung und Anwendung europäischer Invektiven (ici: prescriptions) die **europäische Vielfalt** gestärkt? Zum anderen ist **Europäisierung** jedoch auch ein Vorgang "von unten". Allen drei Teilprojekten ist daher die Auseinandersetzung mit **neuen partizipativen Politikmodellen** zu eigen. In den behandelten Feldern betätigt sich der Staat als sozialer Akteur, als Risikomanager oder als Konfliktberater. Durch die

europäische Ebene wird die Implementierung staatlicher Politik nach dem Top-down-Modell verstärkt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob nicht auch in einem europäischen Rahmen Politikmodelle erfolgreich sein können, die von der Beteiligung der Betroffenen und der Lebendigkeit der Zivilgesellschaft getragen sind. Auch ist zu untersuchen, ob es – angesichts der komplexen Prozesse der Verstaatlichung und Entstaatlichung – ein spezifisches Verhältnis von Staat und Gesellschaft in Europa gibt.

(4) Auch wenn das Projekt in allen drei Achsen an drängenden Problemen der Gegenwart ansetzt, so prägt doch das Bewußtsein für deren **historische Tiefe** die Herangehensweise. Nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, die heute als bedroht wahrgenommen werden, haben eine lange und wechselvolle Geschichte hinter sich, sondern auch die Kategorien, in denen diese Strukturen gedacht werden und die politischem Handeln und wissenschaftlicher Analyse zugrunde liegen. "Saisir l'Europe" soll deshalb auch und gerade historische Kompetenzen zur Bearbeitung aktueller Problemfelder mobilisieren.

(5) Alle drei Teilprojekte thematisieren in jeweils unterschiedlicher Art und Weise den **Wandel von Geschlechterordnungen**. Dies gilt erstens für die Auseinandersetzung mit dem Sozialstaat, der einerseits gesellschaftliche Geschlechterbilder und herrschendes Rollenverständnis abbildet, andererseits durch die von ihm geschaffenen Normen, Kategorien und Maßnahmen auch prägend auf herrschende Geschlechterordnungen einwirkt. Zweitens wirft auch die Auseinandersetzung mit dem Problem der Nachhaltigkeit die Frage nach der Gender-Dimension auf; sie ist integraler Bestandteil der Suche nach einer „nachhaltigen Gesellschaft“, zu deren Kernbestandteilen nicht zuletzt ein nachhaltiges Familienmodell gehört. Die Kategorie „Geschlecht“ hat drittens auch für das Themengebiet der urbanen Gewalträume eine große Bedeutung; hier gilt es vor allem, die gender-basierten Dichotomien von Tätern und Opfern wissenschaftlich zu hinterfragen.

(6) Alle drei Teilprojekte profitieren von einem reflektierten Umgang mit jenen Kategorien, welche die epistemologischen Grundlagen für politisches Handeln und für seine Erforschung sind. So problematisieren sie ihren jeweiligen Gegenstand durch das Bewußtsein für seine **Pluridisziplinarität und Interkulturalität** und loten die perspektivischen Brechungen transnationaler Themenfelder und die ihnen innewohnenden Differenzen aus. Sie bedürfen hoher Sensibilität für Semantik und die Konsequenzen der auf die Geistes- und Sozialwissenschaften einströmenden **Mehrsprachigkeit**, für das Schillern und die Wandelbarkeit von Verständniskategorien, selbst wenn sie einen universellen und globalisierenden Anspruch haben.

## 2. Teilprojekt I: Herausforderung Sozialstaat

### a) Thema und Problemstellung

Dem Thema des Sozialstaats und den Problemen seines Umbaus kommt heute in Europa eine besondere Bedeutung zu. Auf diesem Feld stellen sich den europäischen

Gesellschaften besondere Herausforderungen, hier treten zugleich aber auch Paradoxien historischer und aktueller Entwicklungen besonders deutlich zutage. Auf der einen Seite ist das Modell des Sozialstaats, wie es sich in allen europäischen Industrieländern spätestens nach 1945 durchgesetzt hat, in eine schwere Krise geraten. Aufgrund ökonomischer Strukturkrisen, der Krise der Staatsfinanzen, aber auch fundamentalen demographischen Wandels stehen Kranken-, Renten-, Arbeitslosigkeits- und andere Sozialversicherungen, sozialer Wohnungsbau und staatliche Familienpolitik, kurz: alle Arten von Sozialleistungen vor riesigen Finanzierungsproblemen. Globalisierung, Mobilität der Arbeitskräfte und Migration erhöhen den Druck auf die europäischen Sozialsysteme. Überhaupt spielen die direkten und indirekten Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) eine immer entscheidendere Rolle. Die Felder, in denen die Souveränität der Mitgliedstaaten über das Mitentscheidungsrecht des Europäischen Rats (bei qualifizierter Mehrheit) und des Europäischen Parlaments eingeschränkt werden kann, konzentrieren sich zwar auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen und die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer. Auf dieser Basis hat jedoch vor allem die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Namen des Binnenmarktes in zunehmendem Masse die nationalen Sicherungssysteme, das nationale Arbeitsrecht und die Tarifautonomie beschränkt bzw. in Frage gestellt (Scharpf 2010). Der institutionelle Rahmen der WWU hat weitere indirekte Folgen für die soziale Entwicklung. Zum einen erschwert er es, den Umfang makroökonomischen „Schocks“ und wachsender Disparitäten zwischen den Ländern in der Eurozone zu begrenzen. Zum anderen bewirkt er, dass den nationalen Arbeitsmärkten und den Sozialleistungssystemen eine „Pufferfunktion“ zugeschrieben wird. Dadurch sind die politischen, juristischen und finanziellen Spielräume nationaler Sozialpolitik drastisch eingeschränkt. Die Möglichkeiten der traditionellen Krisenbewältigung durch national gerahmte, monetäre oder wachstumsfördernde Steuerungsverfahren sind kaum noch gegeben. Einschnitte in das Netz sozialer Sicherung vorzunehmen. Die derzeitige Strategie zur Lösung der Eurokrise verschärft die Anreize zu Sozialausgabenkürzungen, zur Lohnzurückhaltung und zum Sozialwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten noch zusätzlich, wie man in den betroffenen Ländern feststellen kann (Laurent 2006; Alisena et al. 2011).

Freilich wäre es bei weitem zu früh, einem Ende von Sozialstaatlichkeit das Wort zu reden. Denn auf der anderen Seite ist das Thema Sozialstaat wie kaum ein anderes ein politisch-öffentlicher Diskussionsgegenstand, der von den klassischen meinungsbildenden Instanzen (Medien, Presse, Parteien, politischen Entscheidungsträgern usw.) besetzt ist, die sich ihrerseits wiederum auf Experten beziehen, die sich untereinander nicht immer einig sind.

Die politische Dringlichkeit und Sensibilität des Themas hängt auch damit zusammen, dass der vielfach beobachtete Ab- bzw. Umbau sozialstaatlicher Maßnahmen direkt in die Lebensbedingungen der Bürger eingreift und von diesen auch als solcher empfunden wird. In Zeiten der Globalisierung und der Einengung der nationalen Handlungsspielräume stellt der Sozialstaat eine der wenigen wichtigen verbleibenden Machtressourcen der Regierungen dar. Er trifft auf die konkreten Lebensentwürfe und

stellt die Vorstellungswelten von Fortschritt und Entwicklung in Frage, die den individuellen Lebensplanungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts zugrunde liegen. Gerade hier liegt ein besonderes Paradox des historisch gewachsenen europäischen Sozialstaatsmodells: Denn während durch die sozialen Sicherungssysteme Prozesse der Individualisierung, der Loslösung von überkommenen sozialen Bindungen wie der Kirche oder der Großfamilie als Versorgungssysteme *à la longue* überhaupt erst ermöglicht wurden, untergraben nun seit einiger Zeit die Erfolge der Individualisierung die auf Solidarität und Gemeinsinn aufruhenden Fundamente eben diese Form von Wohlfahrtsstaatlichkeit. Während aus neoliberaler Sicht daraus nur eine Konsequenz zu ziehen ist, nämlich den Sozialstaat zu reduzieren, um die Verantwortung des Individuums zu steigern, empfinden viele Bürger die derzeitigen Veränderungen sozialstaatlicher Regulierung als irritierend und interpretieren sie nicht nur als notwendige Anpassungen an konjunkturelle Gegebenheiten, sondern viel grundsätzlicher als Regression bzw. Rückschritt.

Das verweist auf eine andere Dimension des Themas: das identifikatorische Potential sozialer Sicherung. Trotz der gegenwärtigen theoretischen und empirischen Debatten über den Inhalt des „europäischen Sozialmodells“ (Jepsen/Serrano 2005; Ferrera 2005; Alber 2010), wird die historische Ausbildung des Sozialstaatsmodells als eine gemeinsame europäische Errungenschaft angesehen, die gegen die Auswirkungen der Globalisierung zu verteidigen sei. Mehr als eine geteilte Geschichte oder eine in sich doch stark differenzierte Kultur besitzt das im Sozialstaat kristallisierte Modell sozialer Gerechtigkeit einen konkret erfahrbaren und vermittelbaren Bestandteil europäischer Identität, der Europa gegenüber anderen Weltregionen auszeichnen kann. In der normativen Rahmung europäischer Sozialstaatlichkeit wurden verbindende Wertorientierungen und Leitvorstellungen perpetuiert, die nun radikal in Frage gestellt werden. Auf der anderen Seite werden dagegen die bereits erwähnten von Brüssel oder von Luxemburg ausgehenden Regelungen zur Homogenisierung der nationalen Arbeitsmärkte in Form ihrer Liberalisierung und Flexibilisierung sowie zur Kürzung der Sozialleistungen als Bedrohung der auf nationaler Ebene definierten Systeme der sozialen Absicherungssysteme wahrgenommen, auch dies ein Beispiel für das komplexe Ineinander nationaler und europäischer Argumentationsstränge. Indessen bleibt festzuhalten, dass sowohl in den Augen der Politik als auch im Bewusstsein der Bevölkerungen die sozialstaatliche Verfassung des Gemeinwesens nach wie vor ein entscheidendes Element sozialer Bindung darstellt. Und des weiteren lenken die Überlegungen zur Verträglichkeit sozialpolitischer Eingriffe die Aufmerksamkeit darauf, dass der Sozialstaat nicht nur ein Bündel sozialpolitischer Regulierungen ist, sondern dass seine gesellschaftliche „Realisierung“ (oder „De-Realisierung“), und damit auch die entsprechenden Umdefinitionen und Transformationsprozesse entscheidend mit den Einstellungen, Sichtweisen, kollektiven Identitäten und Erfahrungen der Menschen zusammenhängen.



## b) Arbeitsziele

Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen sind deshalb im Rahmen dieses Projekts vor allem Studien zu folgenden sieben Themenbereichen von besonderer Relevanz:

(1) Studien, welche die Kollisionen und das Ineinandergreifen der sozialpolitischen Regulierungsmaßnahmen „von oben“ und das Erleben und die Verarbeitung der Veränderungen „von unten“ untersuchen. Arbeitszeitverlängerung, Interimsarbeit, Verfahren der Leistungsevaluierung, Bewerbungs- und Einstellungspraktiken, Gesundheitsvorsorge, Umschichtungen von staatlich-öffentlicher und privater Kranken- und Altersversicherung, Kollisionen zwischen nationalen Versicherungssystemen stellen mögliche Untersuchungsfelder dar. Im Rahmen des Projekts von besonderem Interesse sind Untersuchungen zu den Praktiken der sozialpolitischen Versorgung, Regulierung, ja Disziplinierung der „Klienten“ einerseits und deren „Eigensinn“ andererseits, lässt sich doch historisch wie gegenwärtig immer wieder beobachten, dass Wohlfahrtsstaatlichkeit „von oben“ von jenen „unten“ angeeignet wird, dass wohlfahrtsstaatliche Praktiken umgedeutet und in das eigene Leben integriert werden. Gerade in dieser Hinsicht kann das Projekt ganz besonders von der Kooperation von Sozialwissenschaftlern und Historikern profitieren.

(2) Bei den Untersuchungen solcher „Aneignungs“-prozesse wären systematisch die historische Perspektive sowie die verschiedenen Zeitvorstellungen („régimes de temporalité“) mit zu berücksichtigen, mit denen die jeweiligen Akteure operieren. Dies gilt in zweierlei Beziehung: Zum einen strukturiert Wohlfahrtsstaatlichkeit Lebensläufe. Den Altersrentner hätte es als Sozialfigur ohne die Einführung der Altersrentenversicherung nie gegeben, und ohne Arbeitsschutz wären Kindheit und Jugend keine besonders geschützten und vom Erwerbsleben separierten Phasen im Leben der Menschen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Zum anderen trägt die Verfügbarkeit sozialer Leistungen zur Strukturierung von Erwartungshorizonten und zur Antizipation von Zukunft bei. Eine Institution wie die dynamische Rente trägt in sich bereits ein Versprechen auf die Zukunft, das diejenigen, die heute in die Kassen der Rentenversicherung einzahlen, später eingelöst sehen wollen. Auch im Hinblick auf garantierte Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenunterstützung oder auf familienpolitische Maßnahmen prägt der Wohlfahrtsstaat Zeitvorstellungen.

(3) Wohlfahrtsstaatlichkeit kann Geschlechterordnungen begründen, verfestigen und legitimieren. Frauen und Männer sind im heutigen Europa vor dem Gesetz gleich, nicht aber in der Praxis von Wohlfahrtsstaatlichkeit. In historischer Perspektive haben wohlfahrtsstaatliche Praktiken Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen geschaffen und über lange Zeit perpetuiert, so etwa wenn Ansprüche von Frauen auf Altersversorgung von der Versicherung ihres Ehemannes abhängig gemacht, Familienleistungen an die Väter (oder die Mütter) ausbezahlt wurden, oder wenn arbeitsmarktpolitische Interventionen Frauen von außerhäuslicher Erwerbstätigkeit fernhielten. Diese Konzepte und Praktiken der Rollenzuweisung und Machtverteilung sind im Kontext wohlfahrtsstaatlicher Analysen noch längst nicht aufgearbeitet, und auch

hier verspricht der vergleichende Ansatz und die europäische Perspektive des Projekts vielfältiges neues und relevantes Wissen zu befördern.

(4) Parallel dazu soll systematisch die Frage der (mehrsprachlich aufzufassenden) Kategorienbildung berücksichtigt werden. Wohlfahrtsstaatlichkeit beruht auf Wissen – Wissen über soziale Zusammenhänge, Bedürfnislagen und Erwartungen. Experten unterschiedlicher Provenienz generieren solches Wissen und stellen es den politischen Akteuren zur Verfügung, wie umgekehrt beispielsweise die Sozialwissenschaften von der Nachfrage nach wissenschaftlichem Wissen und von der darauf basierenden Ressourcenzuteilung durch staatliche Akteure in der Vergangenheit erheblich profitiert haben und auch gegenwärtig darauf angewiesen sind. Die „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ (L. Raphael) war keine Einbahnstraße, sondern ist als ein Prozess der Zirkulation zu begreifen, dessen Dynamiken im beantragten Projekt eingehender zu untersuchen wären. Besonders interessieren wir uns für die Kategorien, aber auch die Begriffe sowie den Wortschatz, die auf der Basis wissenschaftlichen und Expertenwissens entstanden sind und die wohlfahrtsstaatlichem Handeln Orientierung und Legitimation verschaffen. Dabei soll der Rolle der internationalen Organisationen (OECD, ILO, IMF, OMS, usw.) sowie verschiedener Orientierungen, Methoden (Agenda, Benchmarking) und Politiken auf EU-Ebene bei der Konstruktion und der Verbreitung bestimmter Kategorien besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Probleme unvollständigen oder unzureichenden Wissens, konträrer Expertisen („Gegenexperten“), aber auch des Vertrauens in die Wissenschaften und Experten, sind dabei stets mitzubedenken. Wir erwarten von solchen Untersuchungen weiteren Aufschluss über die nationalen Pfadabhängigkeiten von Wohlfahrtsstaatlichkeit, über die Wechselwirkungen zwischen nationalen Wissenschaftssystemen und Ausprägungen des jeweiligen Wohlfahrtsstaats, über die Bedeutung von Wissensordnungen und über die Frage, inwieweit von einer Europäisierung des Wissens im Zusammenhang mit wohlfahrtsstaatlicher Politik und der offenen Methode der Koordinierung im Bereich der Beschäftigungs- und sozialen Sicherungspolitik auf EU-Ebene gesprochen werden kann.

(5) Dieses Teilprojekt befasst sich mit den unterschiedlichen Dimensionen sozialer Sicherung, damit aber immer auch der Konstruktion von Staatlichkeit und der Legitimation europäischer Nationalstaaten. Nationen existieren nicht per se, sondern sie sind Produkte von Konstruktions- und Imaginationsprozessen. Wohlfahrtsstaatliche Politik war immer zu einem hohen Grade auf den nationalen Territorialstaat bezogen, und sie trug zur Stiftung einer nationalen Identität maßgeblich bei. Wohlfahrtsstaatlichkeit kann national homogenisierende Wirkungen entfalten, sie kann aber auch zum Spielfeld erbitterter Auseinandersetzungen über Zugehörigkeit und Ausschluss, Inklusion und Exklusion, ja über Identität und Alterität werden, wenn es beispielsweise um die Frage geht, welche Leistungen zugezogene Migranten in Anspruch nehmen dürfen. Wohlfahrtsstaatlichkeit kann auf diese Weise zu einem Instrument zur Herstellung ethnischer oder, wie in den 1930er Jahren weithin, rassischer Identität werden, so wie sie auf der anderen Seite Zugehörigkeit herstellen kann. In dieser Hinsicht ist Wohlfahrtsstaatlichkeit auch eng mit der Frage nach Bürgerrechten, nach Staatsangehörigkeit und *citizenship* im weitesten Sinne verknüpft.

(6) In Anlehnung daran stellt die aktuelle Krise im Euroraum die nationalen Sozialstaaten und das soziale Europa auf die Probe. In den Reaktionen auf die 2010 einsetzende Krise im Euroraum sind vor allem zwei Arten von Maßnahmen mit sozialpolitischer Relevanz zu unterscheiden. *Erstens* wurden in den am meistens betroffenen Ländern (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien) Sparprogramme beschlossen bzw. implementiert, die zum einen die soziale Lage größerer Bevölkerungsgruppen unmittelbar beeinträchtigen. Zum anderen ist in Folge der Austeritätspolitik mittelfristig mit einer Verengung des finanziellen Spielraums zu rechnen. *Zweitens* zeichnen sich in der Krisenbewältigungspolitik nachhaltige Veränderungen der institutionellen Konfiguration der EU von potenziell ambivalenter sozialpolitischer Relevanz ab. Zum einen wird für Länder, die Mittel aus der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (ESFS) beantragen oder in Schwierigkeiten geraten sind, die im EU-Vertrag verankerte nationalstaatliche Souveränität hinsichtlich redistributiver Sozialpolitik bereits insofern eingeschränkt, als diverse Reformen (z.B. der Alterssicherungssysteme) zur Bedingung für die Mittelvergabe oder zur Aufrechterhaltung der Kreditwürdigkeit der Staaten gemacht werden.

Gleichzeitig hat sich die Wahrnehmung der gegenseitigen Abhängigkeiten innerhalb der EU deutlich verstärkt. Damit ist eine politische Dynamik entstanden, die zu mehr Integration führen könnte. Die gegenwärtig diskutierten Vorschläge zu positiven Integrationsmaßnahmen könnten dazu beitragen, die konstitutionelle Asymmetrie, die in den vergangenen 25 Jahren die sozialpolitische Handlungsfähigkeit der EU-Gremien wie der Mitgliedsstaaten gleichermaßen beeinträchtigt hat, zumindest partiell abzubauen und die institutionellen Grundlagen für eine verstärkte Kohäsionsförderung verbessern. In der Literatur zur Europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es bislang kaum einen systematischen Überblick über die in den Mitgliedsstaaten beschlossenen und implementierten Krisenbekämpfungsprogramme und deren sozialpolitische Implikationen noch eine Analyse über die Auswirkungen auf das soziale Europa der auf WWU-Ebene getroffenen Entscheidungen.

(7) Damit zusammen hängt eine weitere Perspektive, aus welcher die europäischen Sozialstaaten – in ihren unterschiedlichen Ausprägungen – als (nationale und/oder europäische) Erinnerungsorte zu untersuchen wären. Die Erfahrung sozialer Sicherheit in den Jahren des „Booms“, den „trente glorieuses“, ist Teil des kollektiven Gedächtnisses der Westeuropäer, genauso wie die Expansion der sozialen Sicherungssysteme und die Erfahrung von Vollbeschäftigung zu einem zentralen Erinnerungsort der ost- und mitteleuropäischen Gesellschaften geworden ist. Hier stehen insbesondere die 1960er und 1970er Jahre im Blickpunkt, in denen die Armut und Not der Nachkriegsjahre überwunden, die ökonomische und strukturelle Krise der finalen Jahre des Sozialismus jedoch noch nicht manifest geworden war. Dass in die Konstruktion dieser *lieux de mémoire* auch Deutungen des Kalten Kriegs eingeflossen sind, muss kaum eigens betont werden, ebensowenig, dass die Erinnerungsorte unmittelbare Effekte für die Stabilität der jungen Demokratien der *post-cold war*-Zeit haben. In dieser Hinsicht wird abermals deutlich, dass wir gerade von der Kooperation von Historikern und Sozialwissenschaftlern in diesem Projekt innovative Fragestellungen und ganz neue

Einsichten in die Qualität und historische Tiefe der gegenwärtigen Herausforderungen erwarten dürfen.

### 3. Teilprojekt II: Herausforderung Nachhaltigkeit

#### a) Thema und Problemstellung

Globale Erwärmung, Alterung, Desindustrialisierung, Energiekrise und jüngst die Finanz- und Währungskrise sind nur einige der Themen, die das aktuelle Tagesgeschehen und den öffentlichen Raum Europas bereits seit Jahrzehnten bestimmen. Die vielen Anzeichen für eine stete Abfolge von Krisen (die sich auch überlagern können) und ihre Allgegenwart im öffentlichen Raum haben in allen Ländern Europas zu tiefen Zweifeln daran geführt, ob die Gesellschaft weiterhin in der Lage sein wird, das Wohlstandsniveau und die Lebensqualität aufrechtzuerhalten, die der technische Fortschritt der meisten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgebracht hat. Krisen werden immer weniger als zyklisch wiederkehrende Episoden auf dem Weg allgemeinen Vorwärtstrebens interpretiert, sondern mehr und mehr als Zeichen des Scheiterns eines ganzen Entwicklungsmodells.

Seit den 1960er Jahren schrecken ökologische Krisen die Öffentlichkeit immer wieder auf: Die Katastrophen von Seveso (1976), Bhopal (1984), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) etwa mahnen zum vorsichtigen Umgang mit der Technik. Die Frage nach der Zukunft des Planeten hat in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt auch in dem Maße an Dringlichkeit gewonnen, in dem klar geworden ist, dass man das westliche Entwicklungs- und Konsummodell nicht einfach auf die großen Schwellenländer übertragen kann, ohne das globale Gleichgewicht ernsthaft zu gefährden. Die anerkannten Bedrohungen für das Klima und für die biologische Artenvielfalt auf der Erde stellen bisher ganz selbstverständliche Alltagspraktiken in Frage und zwingen dazu, das System der Produktion und des Verbrauchs von Energie und materiellen Ressourcen zu überdenken.

Dem ökologischen steht auch ein soziales Umdenken zur Seite, das auf dem Bewusstsein beruht, dass es seit der großen wirtschaftsliberalen Wende der 1980er Jahre, die die seit 1945 geltenden sozialpolitischen Regelungen in Europa tiefgreifend veränderte, zunehmende gesellschaftliche Ungleichheiten gibt. Die Ängste vor der Zukunft sind nicht neu, aber sie haben seit dem Ende des Kalten Krieges einen anderen Bezugspunkt. Die Angst vor der nuklearen Selbstzerstörung der Menschheit im Kampf zwischen den beiden Supermächten ist durch die wesentlich diffusere Angst abgelöst worden, das im Rahmen der westlichen Modernisierung seit dem 19. Jahrhundert erdachte und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts politisch umgesetzte wirtschaftliche und soziale Fortschrittsmodell könne von innen heraus zerfallen.

Ganz in diesem Zusammenhang lässt sich der Erfolg der Idee der *Nachhaltigkeit* erklären, die sowohl in der öffentlichen Meinung, der politischen Debatte als auch in

wissenschaftlichen Planungen als Konzept immer wiederkehrt. Der Begriff wurde erstmals im Brundtland-Bericht (1987) verwendet. Dort bedeutete Nachhaltigkeit die Fähigkeit, die Bedürfnisse und die Entwicklung einer Gesellschaft auf ihrem eigenen Territorium so abzusichern, dass weder die Bedürfnisse späterer Generationen noch die benachbarter Länder beeinträchtigt werden. Ursprünglich wurde das Konzept in den 1980er Jahren von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen formuliert, um es auf Entwicklungsländer anzuwenden und um die kulturelle und wirtschaftliche Dominanz eines westlichen Produktions- und Konsummodells in Frage zu stellen, das als ungerecht und räuberisch angesehen wurde. Allerdings hat das Nachhaltigkeitskonzept seinen Widerhall und sein Anwendungsfeld im Laufe der folgenden Jahrzehnte nun gerade in jenen Ländern gefunden, die bei der ursprünglichen Konzeption des Begriffes eher kritisiert wurden. Heute ist der Begriff ein ständiger Bezugspunkt in den politischen Debatten der europäischen Länder geworden.

Das Konzept der Nachhaltigkeit ist reichhaltiger und komplexer geworden und erscheint wie eine Matrix thematischer Verstrickungen, um die Welt und das Europa von morgen zu denken. Es zielt nicht nur darauf ab, jeden größeren Schaden an der Umwelt zu verhindern und ein Bewusstsein für die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen zu schaffen, sondern es versucht darüber hinaus, normative Werte auf globaler Ebene zu definieren. So hat sich in der europäischen Öffentlichkeit eine Idee von nachhaltiger Entwicklung verbreitet, die sich nicht allein auf den ökologischen Aspekt beschränken sollte, sondern sich auch auf ökonomische und soziale Zusammenhänge erstreckt. Im Gegensatz zu einer auf den Umweltschutz beschränkten defensiven Haltung drückt das auf die soziale und ökonomische Dimension erweiterte »Dreiecksmodell« eine generationenübergreifende und weltumspannende Solidarität aus. Daher hat sich der Begriff in der Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik verbreitet und einen semantischen Wandel eingeleitet. Während mit Nachhaltigkeit vormals Umweltproblematiken bezeichnet wurden, werden heute auch soziale Fragen – Arbeitslosigkeit, mangelnde Ausbildung oder Chancengleichheit – unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit diskutiert und der Begriff somit auch für den Bildungsbereich fruchtbar gemacht.

Die Resonanz, auf die Appelle zur nachhaltigen Entwicklung im „alten Europa“ treffen, hat wahrscheinlich ethische Gründe: Die Idee der Nachhaltigkeit berührt alte europäische Auseinandersetzungen um Solidarität, Gerechtigkeit, Eingriffsrechte des Staates und die Idee des Gleichgewichts. Europa möchte beispielgebend sein, und seine Institutionen möchten an der Spitze von internationalen Anstrengungen stehen: dem Kampf gegen wachsende Klimaerwärmung, der Umstellung auf nachhaltige Landwirtschaft, dem sparsameren Umgang mit Trinkwasser, der nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände, dem Kampf gegen die Waldzerstörung und dem Schutz der biologischen Artenvielfalt.

Die wiederholten Aufrufe zur nachhaltigen Entwicklung in politischen Debatten haben auch wirtschaftliche und geopolitische Grundlagen: Die Regierungen begreifen das grüne Wachstum als eine Chance für Europa. Es soll dazu beitragen, die teure Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu verringern. Grünes Wachstum schafft Arbeitsplätze in ganz

neuen Bereichen. Es eröffnet Möglichkeiten zum Aufbau industrieller Kapazitäten auf innovativen Feldern, die durch hohe Subventionen noch vor weltweiter Konkurrenz geschützt sind. Die Europäische Union spielt die ökologische Karte aus, um ihre einheimische Industrie zu schützen, indem sie Importprodukte je nach ihrem Kohlenstoffanteil besteuert.

Aber das Prinzip der Nachhaltigkeit zieht auch die Berechtigung von traditionellen europäischen Vorstellungen und Praktiken in Zweifel. Es stellt ökonomische, politische und ethische Vereinbarungen in Frage, die als Basis des modernen und zeitgenössischen Europa geschlossen wurden. Im übrigen ist das allgemeine und ideologische Interpretationsschema, das Ideen von Entwicklung, Katastrophen, Ökologie und Nachhaltigkeit miteinander verbindet, seinerseits sehr europäisch und hat eine eigene Geschichte in europäischen Konzepten, Diskursen und politischen Wertvorstellungen. Die Sorge um die Erhaltung der Ressourcen, den Schutz der biologischen Artenvielfalt oder um den Ausstoß von Kohlendioxid ist relativ jungen Datums und geht einher mit neuen Produktionsmethoden und einem veränderten Umgang mit Ressourcen. Der Begriff der „ökologischen Kosten“ wurde eingeführt um auf die Problematik herkömmlicher Produktionsmethoden zu verweisen. Darüber hinaus steht das Verhältnis des Unternehmerkapitalismus zur Zeit und zum Raum in Frage, wenn man von der Verantwortung für nachfolgende Generationen oder für den gesamten Planeten spricht. Schließlich verlangt eine Politik der Nachhaltigkeit von den Nationalstaaten, die Formen ihrer Territorialverwaltung zu überdenken, Teile der Souveränität an externe Regulierungsagenturen abzugeben oder den lokalen Gebietskörperschaften mehr Autonomie zuzugestehen, um die regionalen Ressourcen bestmöglich zu verwalten. Nicht zuletzt wird das individuelle Konsumverhalten problematisiert und die Gültigkeit des immerwährendes Wirtschaftswachstums in Frage gestellt.

Das Teilprojekt II des Projekts „Saisir l’Europe – Europa als Herausforderung“ beabsichtigt nicht, eine enge Definition des Begriffs der nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten. Sie tritt stattdessen dafür ein, die Vielgestaltigkeit und Bedeutungsvielfalt des Begriffs zu akzeptieren. Es geht um die Art und Weise, wie Europa vor dem Hintergrund eines wachsenden Bewusstseins für ökologische Risiken und für die ökonomischen und ethischen Grenzen des europäischen Entwicklungsmodells seine Zukunft neu denken kann. Das Projekt wird auch danach fragen, in welchem Maße das Thema Nachhaltigkeit überhaupt neu ist. Handelt es sich bei der Forderung nach Nachhaltigkeit möglicherweise nur um einen Slogan, der die ökonomischen und sozialen Langzeitprozesse lediglich am Rande berührt, um eine Legitimationsquelle im politischen Feld, oder haben wir es tatsächlich mit einem Paradigmenwechsel zu tun, der eine Änderung politischer und ökonomischer Haltungen einleitet, eine Veränderung der gesellschaftlichen Sichtweisen oder auch der Bezüge zur Welt, wie sie im Rahmen des modernen Europas geschaffen wurden sowie eine radikale Veränderung von Territorialregimen? Auf welchen Wegen nehmen die Veränderungen ihren Lauf, welches sind ihre Verbreitungskanäle, ihre Formen der Legitimation?

## b) Arbeitsziele

Die Achse „Nachhaltigkeit, Territorium und Entwicklung“ wird sich entlang dreier thematischer Hauptlinien entwickeln, die entsprechend der Kompetenzen festgelegt wurden, die von den einzelnen Partnerinstitutionen in das Netzwerk eingebracht werden. Sie werden als Forschungsgegenstände umgesetzt, die eine komparative Perspektive bewahren. Die einzelnen Fallstudien beziehen sich auf verschiedenen Ebenen, es werden zeitgenössische oder historische Gegenstände bearbeitet und verschiedene disziplinäre Zugänge gewählt.

(1) **Ausbeutung und Schutz der natürlichen Ressourcen.** Hier wird es darum gehen, das Verhältnis der europäischen Gesellschaften zu den natürlichen Ressourcen in den Blick zu nehmen: Wie denken und praktizieren die europäischen Gesellschaften ihren Umgang mit den Ressourcen an Wasser, Boden, Energie, Rohstoffen? Welche Regulierungs- und Schutzmechanismen gibt es? Welches Wissen und welche Technologien werden eingesetzt? Welche politischen oder sozialen Konflikte verlaufen quer dazu? Wo verlaufen die ideologischen Bruchlinien? Wie verhält es sich mit der Mobilisierung der Akteure hinsichtlich ihrer politischen Richtungsentscheidungen? Welche Kategorien werden herangezogen: sozialer Wohlstand und Fortentwicklung des Menschen, Bewahrung und Schutz der Ressourcen, ökonomische Ausbeutung und Wertschöpfung?

Eine historische Perspektive könnte sich als entscheidend für die Beantwortung dieser Fragen erweisen. Bereits das Mittelalter kannte ein Nachdenken über die Erschöpfung natürlicher Ressourcen, welche die Ordnung einer im gottgewollten Gleichgewicht befindlichen Welt in Frage stellte. Diese frühe Beschäftigung mit Umweltthemen zeigt sich auch in der Diskussion über die übermäßige Ausbeutung des Waldes durch Bergbau und Bauwesen. Diese bildete das zentrale Umweltthema im Europa des 14. und 15. Jahrhunderts. Das andere damals wichtige Umweltthema betraf die Reflexion über die Tierwelt, insbesondere mithilfe der Metaphern Garten Eden und Arche Noah, deren Humanisierung typisch ist für die Literatur des 12.-15. Jahrhunderts. Die Analyse wird sich auf eine Perspektive der *longue durée* stützen und bis ins Mittelalter zurückgehen, weil darüber die Modernität der Konzepte Umwelt und Nachhaltigkeit in Frage gestellt werden kann.

(2) **Verwaltung, Lenkung und Entwicklung von Territorien.** Die auf der Konferenz von Rio im Jahre 1992 verabschiedete Agenda 21 hat territoriale Gemeinschaften definiert, über die das Projekt einer nachhaltigen Entwicklung konkret umgesetzt werden soll. Die vierzig Kapitel des Aktionsplans haben ihrerseits eine große Vielfalt von politischen Programmen, Protestaktionen sowie von theoretischen Reflexionen inspiriert, sowohl in Europa als auch in der übrigen Welt. Die Europäische Union sowie zahlreiche mitunterzeichnende Staaten berufen sich auf sie in ihren lokalen Politiken. Die dort behandelten Fragen sind äußerst vielfältig, sie betreffen etwa den Wandel der Konsumgewohnheiten, Fragen der Demographie, der Landwirtschaft oder der Verwaltung und Nutzung von Gebieten. Dieser Themenschwerpunkt bringt somit die territoriale und politische Dimension nachhaltiger Entwicklung zur Sprache. Es soll also

untersucht werden, wie Staat und Politik mit ihren territorialen Verantwortlichkeiten umgehen. Von welchen institutionellen Architekturen leiten sich die einzelnen Ebenen von Herrschaft ab? Wie äußern sich zentralisierende oder föderalisierende Dynamiken? Wie wird gesellschaftlicher Reichtum verteilt und wie wird die Solidarität zwischen Regionen organisiert? Wie äußern sich Logiken der Konkurrenz einerseits, der Komplementarität zwischen den Regionen andererseits? Welches Wissen, welche Herrschaftsinstrumente werden eingesetzt? Die Nachwuchswissenschaftler/innen werden komparativ angelegte Forschungen durchführen, die den Blick auf die politische Lenkung von Territorien und die historische Entwicklung dieser Mechanismen legen wird.

(3) **Aneignung des Terrains.** Diese Achse fragt nach der Art und Weise, wie die Geistes- und Sozialwissenschaften seit dem 19. Jahrhundert an Umweltprobleme herangegangen sind. Sie öffnet das Projekt somit für reflexive und epistemologische Ansätze. Die Bearbeiter/innen werden sich also mit der Konstruktion des Forschungs-„Terrains“ und mit der Einbeziehung von „Landschafts“-Studien in Fachgebieten wie der Ethnologie und der Geographie beschäftigen. Allgemeiner gesprochen geht es darum, wie die Geistes- und Sozialwissenschaften die von ihnen untersuchten Gesellschaften als Teil einer natürlichen Umwelt verstanden haben. Die Trennung des Studiums der Erde von dem der Menschen hat sicherlich zu den Schwierigkeiten beigetragen, letztere in Umweltbegriffen aufzufassen. Tatsächlich ist eine Geschichte der Umwelt nur dann denkbar, wenn der Mensch als integraler Bestandteil der Natur und der Biosphäre verstanden wird. Eine solche Sichtweise wiederum verlangt nicht nur, wie es in der Geschichtswissenschaft seit langem üblich ist, die Berücksichtigung von naturräumlichen Begebenheiten, sondern auch von Schädigungen, die der Mensch seiner Umwelt zufügt.

Die Kenntnisse über das Territorium und über die Gesellschaft, vermittelt durch das Wissen der einzelnen Disziplinen, bilden eine der Hauptressourcen für die Konstruktion des modernen Staates. Sie tragen zur Gestaltung räumlicher und sozialer Kategorien bei. Sie ermöglichen eine aktive territoriale und gesellschaftliche Integration der untersuchten Räume in eine nationale Gemeinschaft.

## 4. Teilprojekt III: Herausforderung urbane Gewalträume

### a) Thema und Problemstellung

Gewalt im urbanen Raum ist ein brisantes Thema der Gegenwart: Aggressionen von erschreckender Brutalität, brennende Autos, schulische Gewalt, die in ihrer Rohheit nichts mehr mit traditionellen Schulhofrangeleien gemein hat, bürgerkriegsähnliche Zustände, wenn gegnerische Fangruppen im Fußball aufeinander treffen, Bandenkrieg zwischen rivalisierenden Jugendgangs, Straßenschlachten in den Vororten von Paris (2005) oder London (2011), die verstören, weil sie sich in ihrer Mischung aus Krawall, Plünderung und sozialem Protest kaum noch mit hergebrachten Erklärungen deuten lassen – die Liste der Beispiele von Eruptionen individueller oder kollektiver Gewalt, die regelmäßig die Öffentlichkeit aufrütteln, ist lang. Hinzu kommt die seit den 1990er-Jahren wieder aufgeflamte Bedrohung durch terroristische Netzwerke oder



Einzelgänger, die – wie in Madrid (2004), London (2005) oder Oslo (2011) – urplötzlich Tod und Zerstörung in den öffentlichen Raum tragen. Die Häufigkeit solcher Eskalationen hat das Bedrohungsbewusstsein vieler Menschen erheblich verstärkt. Die politische Reaktion darauf war eine deutliche Verschärfung der Sicherheitsdispositive: In öffentlichen Verkehrsmitteln patrouillierende Polizisten oder private Sicherheitsdienste, Taschenkontrollen in öffentlichen Gebäuden, Soldaten mit Gewehr im Anschlag auf Bahnhöfen oder Flughäfen, Metalldetektoren vor Schulen oder Sportstätten, weiträumige Kameraüberwachung im öffentlichen Raum – alles das gehört heute zum Alltag. Rechtliche Grundlage dafür sind vielfach Ausnahmegesetze („*Plan Vigipirate*“ in Frankreich, „Terrorbekämpfungsergänzungsgesetz“ in Deutschland), deren Gültigkeit zunehmend als normal empfunden wird.

Trotz verstärkter Sicherheitsvorkehrungen hat Gewalt im urbanen Raum in den letzten Jahren zugenommen, an Brutalität gewonnen und neue Formen ausgeprägt – diesen Eindruck vermitteln nahezu unisono Medienberichte, Meinungsumfragen, politische Statements und die Analysen einschlägiger Experten (Eick/Sambale/Töpfer 2007, Muccielli 2008, Soeffner 2010). Damit zählen Unsicherheit und Gewalt in den Städten zu den großen Problemfeldern einer europäischen Moderne, die Freiheit und Freizügigkeit, Menschenwürde sowie die Unverletzlichkeit der physischen und psychischen Integrität der Bürgerinnen und Bürger zu den Grundpfeilern ihres Selbstverständnisses rechnet. Stimmt also der Eindruck einer zunehmend gewaltgesättigten (groß)städtischen Gegenwart und, wenn ja, welche analytischen Werkzeuge lassen sich von Seiten der Sozialwissenschaften als Antwort auf diese Herausforderung finden?

Zunächst ist festzuhalten, dass Gewalt in Städten – als Topos wie als Realität – kein Phänomen der (europäischen) Gegenwart ist, sondern eine lange Geschichte hat (Dinges/Sack 2000). Erinnerung sei an die massive Gewaltdelinquenz in nordamerikanischen Großstädten der 1980er-Jahre; aber auch in weiter zurückliegenden Zeiten war urbane Gewalt virulenter als heute. Bereits im 13. Jahrhundert bildete sie einen wichtigen Topos in den Stadtverfassungen der oberitalienischen Städte, die den Schutz vor Gewalt ins Zentrum des kommunalen Selbstverständnisses rückten und ihre Eindämmung zur Aufgabe des gemeinen Wohls erhoben (Chiffolleau/Gauvard/ Zorzi 2007). In den obrigkeitlichen Blick gerieten damit bestimmte Gruppen, die als besonders gewaltanfällig galten (Fremde, umherstreifende Ritter, Bettler, nicht zünftig gebundene Handwerker, Prostituierte oder häretische Prediger). Spätestens ab diesem Zeitpunkt also kennt die Geschichte die enge Verknüpfung zwischen unkontrollierter Migration und Gewaltverdacht, wie sie ab dem 14. Jahrhundert und besonders nach den Pestepidemien auch in die verschiedenen Stadtgesetze Eingang fand.

Dieser diskursiven Konstruktion von gewaltaffinen Gruppen entsprach die Herausbildung von scheinbar besonders gewaltaffinen Orten oder Zonen innerhalb der Stadt: Sieht man davon ab, dass vor Einführung der Straßenbeleuchtung allein ein Aufenthalt im Freien während der Dunkelheit als gefährlich gelten musste, waren dies vor allem Herbergen, öffentliche Badestuben, Festungswerke oder Vorstädte, aber auch enge Gassen jenseits der großen Magistralen, Flussufer und Hafenviertel, Parks und Stadtwälder, belebte Plätze (Märkte, Orte von Großveranstaltungen usw.) oder Herrschaftsgebäude wie

Rathäuser oder Fürstenpalais, die zur Zielscheibe gewalttätigen politischen Aufruhrs werden konnten. Dabei war das Reden über die Gewalt wesentlich an der Definition eines öffentlichen Raumes als Handlungsfeld der Autoritäten beteiligt, gleichzeitig aber auch in eine Vielzahl von Praktiken der Gewalteinämmung eingebettet, die von zivilreligiösen Ansätzen über Versöhnungs- und Bußrituale bis hin zum Eingreifen des städtischen Exekutionspersonals reichten (Becker 2011).

Spätestens mit den großen ökonomischen Umwälzungen seit dem 18. Jahrhundert bildete sich schließlich auch eine klassenspezifische Sicht auf die städtische Gewalt heraus, die an Diskurse etwa über gewalttätige Handwerksburschen in Spätmittelalter und Früher Neuzeit anschließen konnte und nun insbesondere in den proletarischen Schichten eine besondere Neigung zur Gewalt auszumachen meinte. Damit verbunden waren spezifische Lokalisierungen von Gewalt, diesmal in den Armuts- und Einwanderervierteln, seien sie zentral (wie das Hamburger Gängeviertel) oder an der Peripherie (wie der Faubourg Saint-Antoine in Paris) gelegen, denen der Ruf vorauselte, besonders kriminogen und voller Gewalt zu sein. Hier vergrößerten sich Stadträume – zuletzt in der Hochphase der Industrialisierung – explosionsartig oder verdichtete sich Stadtraum massiv durch die Entstehung von Massenunterkünften für die zu Hunderttausenden in die Metropolen strömenden Menschen. Die Lebensbedingungen in diesen Quartieren waren katastrophal, und Polizei und Justiz hatten in Bezirken wie dem Berliner Scheunenviertel oder dem Londoner East End einen schweren Stand (Lüdtke/Reinke/Sturm 2011).

Von solchen Zuständen sind die meisten europäischen Städte heute weit entfernt, die Geschichte wiederholt sich jedoch in den „Slums“, „Favelas“ oder „Ghettos“ an den Rändern globaler Megacities wie Chongqing, Delhi, Lagos oder Sao Paolo. Hier ist der Nexus zwischen Migration, sozialer Exklusion und nackter Brutalität weiterhin offensichtlich. Aber auch die aktuellen Metropolen Europas und Nordamerikas kennen alte und neue Formen der Marginalität, die insbesondere aus Stadtvierteln mit einkommensschwacher Bevölkerung sowie mit hohen Migrationsanteilen soziale „Brennpunkte“ und „Sicherheitsschwerpunkte“ machen, die in der allgemeinen Wahrnehmung schlicht als gefährliche Orte gelten (Wacquant 2007).

Mit dem Stichwort „Wahrnehmung“ ist angesprochen, dass (Un-)Sicherheitsempfindungen immer auch medial stimuliert sind und nicht zuletzt von den immer aufwändigeren Sicherheitsdispositiven verstärkt werden, die eigentlich zu ihrer Beruhigung gedacht waren (Ferret/Mouhanna 2008). Zu einem guten Teil ist die Gewalt, die uns vermeintlich ständig bedroht, „gefühlte“ Gewalt – auch das ist seit dem Mittelalter so. Durch das komplexe Ineinanderwirken von konkreten Erfahrungen, medialen Diskursen, kollektiven Wahrnehmungen und von oben induzierten Sicherheitspolitiken fällt es zudem schwer, jene Faktoren eindeutig zu benennen, die individuelle wie kollektive Gewalt auslösen. Schon in der Frühen Neuzeit kristallisierten sich widersprüchliche Topoi der Gewalterklärung heraus: Wirtschaftswachstum oder ökonomischer Niedergang, rasanter Anstieg der städtischen Einwohnerzahl oder Entvölkerung, Milieubildung oder Entwurzelung, religiöse Spannungen oder Rückgang religiöser oder anderer normativer Bindungen. Auch wurde schon früh die Stadt selbst als ein gewaltförderndes Umfeld ausgemacht (Marek 2007).

Solche Szenarien lassen leicht vergessen, dass die Stadt niemals nur ein Gefahrenraum war, sondern – im Gegenteil – in Geschichte und Gegenwart vielfach auch als ein Schutzraum wahrgenommen wurde und wird. Das gilt in besonderem Maße für die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Festungsstädte, aber auch in der Moderne dürfen Städte für sich in Anspruch nehmen, mit ihrer hoch verdichteten Infrastruktur Geborgenheit und Sicherheit zu bieten und darüber hinaus durch kulturelle Lebendigkeit, Freizügigkeit und Anonymität Nährboden für eine Vielfalt von Lebensentwürfen zu sein (Sennet 1997). Die diskursive Doppelfigur der Stadt als Verstärker von Gewalt und als Terrain von Befriedung und sozialer Inklusion findet ihr Echo auch in einer seit Jahrzehnten heftig geführten Debatte von Historikerinnen und Historikern, die im Anschluss an Norbert Elias' These vom Zivilisationsprozess kontrovers diskutieren, ob zwischenmenschliches Gewalthandeln im historischen Längsschnitt zurückgegangen ist oder nicht. Von unterschiedlichen theoretischen Positionierungen abgesehen sind es vor allem die Unwägbarkeiten der Quelleninterpretation, die dazu führen, dass diese Debatte bis heute kein eindeutiges Ergebnis gefunden hat (u.a. Mucchielli/Spiereburg 2009). Daraus folgt vor allem die Einsicht, dass jede Diskussion über Gewalt (sei sie synchron oder diachron ausgerichtet) einem essentialistischen Gewaltverständnis aus dem Weg zu gehen und die vielfältigen Konstruktionsmechanismen der sozialen Welt in Anschlag zu bringen hat.

Ein weiterer Grund für die historische Permanenz städtischer Gewaltdiskurse liegt darin, dass diese mit der Entwicklung von Maßnahmen zur Erhöhung der städtischen Sicherheit korrespondieren, die im Verlauf der Moderne zunehmend komplexer wurden. Polizei und andere Ordnungskräfte, wie wir sie heute kennen, hatten ihren Ausgangspunkt wiederum in den spätmittelalterlichen Städten (Bendlage 2003). In der Frühen Neuzeit installierte sich eine bis weit in die Gegenwart hinein wirksame und zentral von Geschlechtervorstellungen gesteuerte Scheidung zwischen einer sichtbaren und vor allem repressiv beantworteten Gewalt im öffentlichen Raum und einer weitgehend unsichtbaren und oftmals stillschweigend geduldeten Gewalt in der Privatsphäre von Haushalt und Familie (Ulbrich 2005). Weitere Elemente einer historisch variablen Etikettierung bestimmter Handlungen als „Gewalt“ und einer damit einhergehenden, sich permanent wandelnden Grenzziehung zwischen „gefährlichen“ und „ungefährlichen“ Räumen waren philosophische, religiöse oder juristische Legitimationen obrigkeitlicher Gewaltausübung (etwa bei Folter oder Hinrichtungen), aber auch ihre Infragestellung durch eigensinnige populäre Deutungen (Evans 2001), gruppenspezifische Gewaltpraktiken (z. B. von Studenten, Füßel 2006) oder traditionelle Settings einer populären Gewaltkultur (beispielsweise in Wirtshäusern, Kümin 2007). Eng verknüpft war dies schließlich mit der historischen Evolution des Rechts, der obrigkeitlichen Regulierung von Lebenswelt („gute Policey“) sowie der Verfahren und Techniken von Strafjustiz, Polizei und anderen Institutionen der öffentlichen Gewalt (Foucault 1975).

Die Stadt als ein besonderer Gewaltraum spielte in diesem Prozess immer eine herausgehobene Rolle. Manifest wurde die enge Verknüpfung von Gewalt und (Groß-)Stadt jedoch erst in der Hochphase von Industrialisierung und Urbanisierung im Europa der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die heftigen Debatten, die in Politik,

Wissenschaft, Kunst und Öffentlichkeit nun zum Thema urbaner Gewalt geführt wurden, installierten zahlreiche Topoi, die zum Teil bis heute Bestand haben. Typische Merkmale einer vermeintlich enthemmten urbanen Kultur wie Alkohol oder Prostitution prägten etwa das Stadtbild der positivistischen Kriminologie, deren Erklärungsangebote aufgrund einer verbreiteten stadtfeindlichen Haltung auf fruchtbaren Boden fielen. Deutungen, welche die Ursachen von Kriminalität und Gewalt in erblichen Anlagen bzw. in ungünstigen Umweltfaktoren (Enge der Stadt, Ferne der Natur, Schmutz und Lärm) sahen, wechselten sich dabei ab (Becker 2002). Bis heute sind weitere Interpretationsansätze hinzugekommen: altersspezifische städtische Gruppenkulturen, das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen sozio-ökonomischen, kulturellen oder ethisch-religiösen Milieus auf engstem Raum, kulturelle Entwurzelung oder – im Gegenteil – ungenügende Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die Ankunftsgesellschaft und, daraus folgend, die Entstehung von „Parallelgesellschaften“ mit abweichender Gewaltpraxis. Dabei hat sich tendenziell eine Schwerpunktverlagerung von sozialen zu kulturellen Faktoren der Gewalterklärung vollzogen.

Grundiert wurden und werden diese Debatten von der Frage, ob Gewalt als ein spezifisches Charakteristikum der besonderen Konstellation (Groß-)Stadt entspringt oder aber ob urbane Gewalt, im Gegenteil, nur Ausdruck einer übergreifenden Gewaltkultur ist, welche die gesamte Gesellschaft durchzieht? Je nach dem, wie man diese prinzipielle Frage beantwortet, folgen daraus weitere: Welche Eigenarten zeichnen städtische Gewalt aus, welche unterschiedlichen Formen kennt sie, unter welchen Bedingungen wird sie manifest und wie gehen die sozialen Akteure mit ihr um? In welcher Beziehung steht sie zu gesamtgesellschaftlichen Machtverhältnissen, aber auch zu spezifischen sozialen Konfigurationen vor Ort (die z. B. von Eigentumsverteilungen, ethischen und religiösen Zugehörigkeiten oder Geschlechterverhältnissen definiert werden), zu kollektiven Handlungsdynamiken und zu individuellen Motivlagen? Lassen sich langfristige Entwicklungen oder „Gewaltkonjunkturen“ – hinsichtlich der Intensität, aber auch hinsichtlich der Formen urbaner Gewaltpraxis sowie ihrer diskursiven bzw. medialen Verarbeitungen – ausmachen und, wenn ja, an welchen Faktoren (z. B. politische, ökonomische oder kulturelle Umformatierungsprozesse der städtischen Gesellschaft) können diese analytisch festgemacht werden? Schließlich, wie lässt sich Gewalt im urbanen Raum eindämmen, welche Normen, ethischen Vorstellungen und Funktionsmechanismen sozialer Kontrolle wirken auf ihre konkreten Ausdrucksformen wie auf ihre gesellschaftlichen Repräsentationen ein und welche Wechselwirkungen bestehen zwischen einer Gewaltausübung als „Jedermann-Ressource“ (Trotha 1997) und dem Handeln institutioneller Akteure (Polizei, Justiz, öffentliche Fürsorge) sowie den dieser Praxis zugrunde liegenden Wissenskategorien?

## b) Arbeitsziele

Gewalt im urbanen Raum unterliegt einem permanentem Konstruktions- und Dekonstruktionsprozess, der sich einer sich wandelnden Stadtgeographie einschreibt, die in ihren Strukturen sowie Aneignungen durch die Akteure sozial, politisch und kulturell zurückgebunden bleibt. Diese Einsicht fruchtbar zu machen, ist Anliegen des vorliegenden Projekts. Erkenntnisleitend soll dabei **der Begriff des „urbanen Gewaltraums“** sein. Dieser impliziert kein essentialistisches Raumverständnis, sondern beruft sich auf die in der Sozialgeographie entwickelte Vorstellung eines „sozialen Raumes“, wie sie bei Pierre Bourdieu angedacht und bei Geographen wie Benno Werlen oder Soziologinnen wie Martina Löw weiterentwickelt wurde (Bourdieu 1985, Werlen 1997, Löw 2001). Angeschlossen werden kann natürlich auch an den seit den 1990er-Jahren ausgerufenen *spatial turn* in den Kultur- und Sozialwissenschaften, der in transdisziplinärer Perspektive komplexe theoretische Raumkonzepte erarbeitet hat, die inzwischen auch die Forschungen der Humangeographie einschließen. Dort wird einer vor allem handlungstheoretisch ausgerichteten Raumsoziologie und Raumgeschichte die Untersuchung raumbezogener Semantiken entgegengesetzt, die analytisch als Selbstbeschreibungsforneln der Gesellschaft verstanden werden (Warf/Arias 2009, Döring/Thielmann 2009, Gebhardt/Reuber/Wolkersdorfer 2003, Lévy/Lussault 2000). Auch in der Geschichtswissenschaft ist das Konzept des Gewaltraums unlängst erprobt worden (Baberowski/Metzler 2012).

Darauf aufbauend wird Stadt hier nicht als „Stadt an sich“ konzipiert, sondern als ein ausdifferenzierter Raum, der sich aus zahlreichen, in unterschiedlicher Weise und Intensität miteinander verknüpften urbanen Orten zusammensetzt. Diese verschiedenen Stadt-Orte, die sich in ihrer Addition zu spezifischen städtischen Eigenlogiken verbinden (Löw/Terizakis 2011), sind ihrerseits wiederum Konstrukte – historisch durch ihre Geschichte, physisch durch ihre Architektur, sozial durch die Praktiken ihrer Bewohner und diskursiv durch deren Erzählungen sowie kollektive Repräsentationen. Dementsprechend kann es in Städten auch keine Orte geben, die ihrem Wesen nach „Gewaltorte“ sind – sondern nur wandelbare Kristallisationen von Gewalt an bestimmten geographisch lokalisierbaren, aber durch soziales Handeln und Sinnstiftungen definierten Punkten oder Zonen innerhalb des urbanen Raums. Zu untersuchen ist, durch welche konkreten Praktiken, Diskurse und Semantiken sich dies vollzieht, wie also „urbane Gewalträume“ nicht *sind*, sondern wie sie *entstehen* und *geschehen*.

In einem basalen Verständnis sind solche „Gewalträume“ zunächst Orte, die als gefährlich wahrgenommen werden. Auf einer zweiten Ebene – die sich mit der ersten mischt, aber nicht in eins fallen muss – sind „Gewalträume“ Orte, an denen tatsächlich Gewalt ausgeübt wird, wo sie sich ritualisiert und institutionalisiert, wo sie sich häuft und eine Gewalttradition bildet, die dem Ort und seiner Erinnerung gleichsam eingeschrieben ist. Dabei wird zunächst ein enger Gewaltbegriff angelegt, der sich auf die Analyse physischer Gewaltausübung beschränkt. Schließlich sind „Gewalträume“ drittens Orte, an denen kommunale oder staatliche Autoritäten intervenieren, weil sie selbst Handlungsbedarf erkennen oder von anderen (z. B. Anwohnern) dazu aufgefordert werden, und die sie im Zusammenspiel mit anderen institutionellen Akteuren (vor allem

der Polizei), Experten, Praktikern (Architekten, Stadtplaner etc.) und Medien sowie in Interaktion mit lokalen Akteuren als Felder öffentlichen Handelns definieren.

Das Projekt zielt dabei darauf ab, den Begriff des „urbanen Gewaltraums“ als analytisches Werkzeug gleichermaßen für systematische wie für empirische Studien nutzbar zu machen. Die Analysen können historisch oder gegenwartsbezogen ausgerichtet sein, sollen immer jedoch die Forschungsergebnisse unterschiedlicher Disziplinen miteinander verbinden. Welche Orte dabei konkret ausgewählt werden, bleibt den Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe überlassen. Leitmotiv des gemeinsamen Forschungsprozesses dort aber wird eine Herangehensweise sein, welche die Wechselwirkungen von Praktiken, Diskursen und Semantiken mit ihren räumlichen Vergegenwärtigungen untersucht und dabei Gewalt in ihrer Verschränkung mit sozialen Kategorien wie Migration, Geschlecht, religiöse und ethnische Zugehörigkeiten sowie soziale, ökonomische und politische Teilhabe in den Blick nimmt und damit neue Einsichten in die konkrete soziale Kartographie von Städten verspricht.

In seiner ganzen Tiefe wird sich das Thema der urbanen Gewalträume dabei nur in einer komparativen europäischen und globalen Perspektive erschließen. Erst der diachrone wie synchrone Vergleich und die Untersuchung der Verflechtungen von urbanen „Gewalträumen“ in verschiedenen Gesellschaften (die nicht nur national definiert sein müssen) und zu verschiedenen Zeiten erlaubt es, die spezifischen Eigenheiten, aber auch die gemeinsamen Dynamiken ihrer Konstruktion und Dekonstruktion zu verstehen (Beispiele wären etwa die frühneuzeitliche Universitätskultur mit ihren gewaltaffinen Männlichkeitsritualen, die grenzüberschreitende Geschichte von Jugendbanden im 20. Jahrhundert oder der transnationale Zusammenhang des „Hooliganism“ heute). Bei der Zusammenstellung der Gruppe wird daher darauf zu achten sein, dass über die deutsch-französische Perspektive hinaus, die dem Projekt „Saisir l’Europe“ als Ganzem zugrunde liegt, genügend Sensibilität auch für andere kulturelle Räume – innerhalb wie außerhalb Europas – vorhanden ist und die gemeinsame Forschungsdynamik von dieser Multipolarität des Blicks profitiert.

Aus diesem Forschungsprogramm lassen sich – neben der übergreifenden Frage nach den Spezifika einer städtischen Gewalt und ihren räumlichen Manifestationen in urbanen „Gewalträumen“ – zusammenfassend noch einmal folgende Forschungsziele herausdestillieren:

(1) die Erforschung der **Konstruktion und Dekonstruktion von urbanen „Gewalträumen“** in ihrer handlungspraktischen, diskursiven und semantischen Dimension, wobei analytisch der Schwerpunkt auf den Wechselwirkungen von Gewaltwahrnehmung, Gewaltpraxis und Gewalteinämmung liegen soll;

(2) die **vergleichende Analyse von urbanen „Gewalträumen“ in Europa** in ihren jeweiligen Eigen- und Einzigartigkeiten, aber auch in ihren historischen wie gegenwärtigen Verflechtungen und Überschneidungen, wobei der Blick notwendigerweise die außereuropäische Perspektive einbeziehen muss;

(3) die Analyse des **Zusammenspiels von städtischer Gewaltrealität, ihrer Überführung in (sozialwissenschaftliche) Wissenskategorien und der daraus abgeleiteten Gestaltung öffentlicher Sicherheitspolitiken**, die ihrerseits wieder auf empirisch feststellbare urbane Gewaltphänomene zurückwirken. Auch diese Prozesse haben eine interkulturelle und transnationale Dimension in Europa und darüber hinaus;

(4) die Untersuchung des **Zusammenhangs von urbaner Gewalt und (regionalen wie internationalen) Migrationsbewegungen**, wobei ethische, kulturelle oder religiöse Zugehörigkeiten in ihrer Überschneidung mit anderen sozialen Kategorien (Geschlecht, Alter, sozioökonomische Situation usw.), aber auch im Wechselspiel mit ihren soziopolitischen Instrumentalisierungen zu analysieren sind;

(5) die **Einbettung der Konstruktion von „Gewalträumen“ in die Geschlechterordnung** mit ihren auf die Gewaltpraxis zurückwirkenden Rollenbildern sowie den wechselseitigen Beeinflussungen spezifisch „männlicher“ und „weiblicher“ Gewaltformen und ihrer Ursachen, die Erforschung partizipatorischer Formen der Gewaltprävention und ihrer Wirkungen auf städtische „Gewalträume“.

## 5. Ein grenzüberschreitendes Netzwerk

Ziel des Projekts in institutioneller Hinsicht ist die Schaffung eines grenzüberschreitenden Netzwerks zur Erforschung von Europa als Herausforderung. Die Vorbedingungen dafür sind sehr günstig. Verschiedene Akteure und Einrichtungen diesseits und jenseits des Rheins haben jahrelange Erfahrungen in der vernetzten Forschung und in der Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern gesammelt: das CIERA und seine Partner, das Centre Marc Bloch und die Humboldt-Universität zu Berlin, das Institut Français d’Histoire en Allemagne und seine Partnerin, die Goethe-Universität in Frankfurt am Main, die Fondation Maison des Sciences de l’Homme und das Deutsche Historische Institut Paris.

Die Zeit ist reif, diese Praktiken der Zusammenarbeit in Form eines Verbundprojektes zu vertiefen und zu institutionalisieren. Ein strukturiertes deutsch-französisches Netzwerk, das über ein von zwei Sprechern vertretenes Leitungsgremium, Auswahlkommissionen, einen Wissenschaftlichen Beirat und zunächst drei Arbeitsgruppen verfügen wird, kann – auch über die beantragte Laufzeit des Projektes hinaus – internationale Teams zu drängenden Forschungsthemen zusammenbringen und ihnen helfen, die nötigen Finanzierungen zu finden. Der Verbund verfolgt explizit nicht das Ziel, eine zusätzliche Institution zu schaffen, sondern er wird sich durch den Netzwerkeffekt auf die bestehenden Einrichtungen stützen können.

**Vom BMBF werden wohlgermerkt lediglich Mittel zur Projektfinanzierung des deutschen Teiles des Netzwerkes beantragt. Einen zweiten Teil der Projektfinanzierung wird beim Ministère de la Recherche et de l’Enseignement supérieur beantragt. Darüber hinaus stellen die Projektpartner Eigenmittel zur**

**Verfügung, von weiteren Zuwendungsgebern werden ergänzende Mittel eingeworben.**

## **6. Qualifikationschancen für Nachwuchswissenschaftler**

Das Projekt trägt zur Heranbildung einer neuen Generation von hochqualifizierten Nachwuchswissenschaftlern bei, die durch umfassende internationale Erfahrung geprägt sind: Die Doktoranden profitieren von einer raschen Einbindung in die Spitzenforschung, lernen die verschiedenen Herangehensweisen sowie Wissenschafts- und Fachkulturen kennen und können sich auf ein im deutsch-französischen Kontext und darüber hinaus bereits fest etabliertes Netzwerk stützen. Die Einbindung von Postdoktoranden als Projektleiter der verschiedenen Arbeitsgruppen verschafft diesen die Möglichkeit, Kompetenzen zu entwickeln, die heute nicht nur im Wissenschaftsbetrieb, sondern auch in anderen Bereichen gefordert sind.

## **III. Arbeitsplan**

### **1. Arbeitsformate der Teilprojekte**

Die Teilprojekte sind frei, diejenigen Arbeitsformate zu wählen, die zur Erreichung ihres Projektziels nötig sind. Da die Postdoktoranden und Doktoranden sich wegen der erwünschten Mobilität nicht zwangsläufig am gleichen Ort aufhalten, müssen die Gruppenleiter insbesondere darauf achten, durch regelmäßige Treffen, Workshops und Colloquien regen Austausch, konzertiertes Vorgehen und eine strategisch geplante Publikationstätigkeit zu befördern, die interne Diskussion dynamisch zu entwickeln, die Vernetzung mit der *scientific community* sowie die Vermittlung von Forschungsergebnissen in eine breitere Öffentlichkeit und in die Praxis zu gewährleisten.

Die Mittel für die Organisation von Treffen usw. können dabei zum Teil aus dem Budget des Netzwerkes zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus sind die Arbeitsgruppen gehalten, eigene Mittel einzuwerben. Die Teilnehmer des Projekts können sich dazu auch der bereits von den Projektpartnern etablierten und im Austauschverfahren zur Verfügung gestellten Instrumente bedienen (»Junior«-Kolloquium, Themen-Workshops, »Villa Vigoni«-Werkstattgespräche, Jahresseminare und Sommerschulen für Nachwuchsforscher, kombinierte Ausbildungs- und Forschungsprogramme usw.) Die Programme der Deutsch-Französischen Hochschule und der *Fondation de la Maison des Sciences de l'Homme* sind für die Finanzierung der grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Aktivitäten in besonderer Weise geeignet.



## 2. Interne Koordination und Kommunikation der Teilprojekte und des Netzwerks

Für die Koordination, Vernetzung und Dokumentation der Arbeit der Forschungsgruppen wird eine **Website** eingerichtet, die Informationsfluss und wissenschaftlichen Austausch sowie die interne und externe Dokumentation der Ergebnisse erlaubt. Die Informationsplattform soll eine Intranetfunktion beinhalten, die es erlaubt, die Projektarbeit zu strukturieren und Arbeitsinstrumente zur Organisation zur Verfügung stellt wie etwa:

- einen Kalender zur Projektplanung
- einen gemeinsamen Server zum Austausch von Dokumenten
- eine interne Kommunikationsplattform zum wissenschaftlichen Dialog und Austausch

Teilnehmer und Organisatoren des Projekts "Saisir l'Europe - Herausforderung Europa" können sich somit auf eine virtuelle Arbeitsumgebung stützen, die sich in die Dynamik der *digital humanities* einreicht.

## 3. Qualitätssicherung der Doktoranden- und Postdoktorandenbetreuung

Um sicherzustellen, dass die Forschungsprojekte der Doktoranden und Postdoktoranden zielführend bearbeitet und erfolgreich abgeschlossen werden, ist eine kontinuierliche Betreuung vorgesehen. Die Doktoranden werden dabei in besonderem Maße von den promovierten Gruppenleitern begleitet, die Wissenschaftler der Projektpartner und der Wissenschaftlichen Partner können hinzugezogen werden. Dies gilt insbesondere, wenn es darum geht, die Qualifikationsarbeiten durch Prüfungen an den beiden an das Netzwerk angeschlossenen Universitäten abzuschließen.

Besonderes Augenmerk ist auf die Betreuung und Beratung der Postdoktoranden zu legen. Ihr Engagement als Gruppenleiter soll sie für eine akademische Karriere qualifizieren und ihre Forschung kann – je nach den Bedürfnissen des jeweiligen Fachs – zu einer Habilitation, ggf. an einer der beteiligten Universitäten, führen. Zur Betreuung und Beratung wird den Postdoktoranden ein Mentor aus dem Kreis der Wissenschaftler der Projektpartner und der Wissenschaftlichen Partner zur Seite gestellt.

Die Qualität der Doktoranden- und Postdoktorandenbetreuung ist von der Jahresversammlung und dem Wissenschaftlichen Beirat zu überprüfen.

## 4. Sprachen

Angesichts des deutsch-französischen und internationalen Profils des Netzwerkes ist es unerlässlich, dass die teilnehmenden Wissenschaftler, Postdoktoranden, Doktoranden und Koordinatoren gleichermaßen der französischen, deutschen und englischen Sprache mächtig sind; eine dieser Sprachen ist aktiv in Wort und Schrift, die beiden anderen zumindest passiv zu beherrschen.

## **5. Die Netzwerktreffen**

### **a) Das "kleine" Eröffnungstreffen**

Am Anfang des ersten Projektjahres treffen sich zunächst die Wissenschaftler und Postdocs des Projekts, um die Konzepte für die Arbeit der einzelnen Gruppen zu diskutieren und zu schärfen. Das "kleine" Eröffnungstreffen läutet die Eingangsphase ein.

### **b) Das "große" Eröffnungstreffen**

Das zweite Projektjahr beginnt mit einem Kolloquium, das alle teilnehmenden Doktoranden, Postdoktoranden und Wissenschaftler zusammenbringt. Dieses Werkstattgespräch soll dazu dienen, die Arbeit der einzelnen Projektmitarbeiter besser kennen zu lernen und zu diskutieren, sich über den Stand der Forschung auf dem jeweiligen Gebiet zu verständigen, die thematischen Kernfragen der jeweiligen Gruppe zu diskutieren, die Methoden und Theorien im Gespräch weiterzuentwickeln, die zur Anwendung kommen sollen und allen Gruppenteilnehmern einen gemeinsamen Leitgedanken zu vermitteln, welcher der Arbeit des Projekts den Rahmen geben soll.

### **c) Die jährlichen Netzwerktreffen**

Die drei Arbeitsgruppen treffen sich in der Kernphase einmal im Jahr zu einem mehrtägigen gemeinsamen Werkstattgespräch, das es erlauben soll, die erzielten Ergebnisse mit Blick auf das übergreifende Thema zusammenzuführen. Im Mittelpunkt stehen dabei jeweils im ersten Jahr der Kernphase Methoden und Konzepte, im zweiten Jahr die Empirie, im dritten Jahr der Abschluss der Arbeiten (s. dazu auch den Zeitplan). Auch die Wissenschaftler der Projektpartner und der Partnerinstitutionen nehmen an den jährlichen Netzwerktreffen teil.

### **d) Das Abschlusskolloquium**

Das Projekt soll durch ein Abschlusskolloquium beendet werden, das eine übergreifende Bilanz der durchgeführten Arbeiten ziehen soll. Es wird auch die Gelegenheit bieten, die Ergebnisse herauszustellen, die in Bezug auf Netzerkennung, Doktorandenausbildung und den Berufseinstieg von Nachwuchswissenschaftlern erzielt worden sind und so den Rahmen für das Nachdenken über die Weiterentwicklung des Netzwerkes abgeben.

## **6. Zeitplan**

Das Projekt beginnt am 1. Juni 2012 mit einer Phase, in der umfangreiche Vorarbeiten für das Netzwerk durch die Partner des Forschungsverbundes durchgeführt werden müssen

(Konstituierung der Gremien, Ausschreibung und Auswahl der Postdocs und Koordinatoren).

Nach dem Ende der Vorarbeiten beginnt am 1. Oktober 2012 die Projektphase, die in drei Abschnitte eingeteilt ist. Diese ergeben sich dadurch, dass die Postdocverträge auf fünf, die Doktorandenverträge auf drei Jahre angelegt sind. So teilt sich die gesamte Projektdauer in eine *Eingangsphase* von einem Jahr (nur Postdocs), eine *Kernphase* von drei Jahren (Postdocs und Docs) und eine *Nachbereitungsphase* von einem Jahr (nur Postdocs).

## IV. Verwertungsplan

### 1. Allgemeine Verwertungsmaßnahmen

#### a) Verwertung in der *scientific community*

Zur Kommunikation mit den Fachkollegen dient, neben der direkten Kommunikation in Workshops und Tagungen, die **Website des Netzwerkes**. Hier finden sich Ankündigungen von Terminen und Veranstaltungen der Teilnehmer des Projekts (und von themennahen Veranstaltungen anderer Organisatoren). Vorgesehen ist auf der Website auch die Publikation von Arbeitspapieren, Tagungs- und Werkstattberichten. Die Internetseite des Projekts wird in einer zweisprachigen Oberfläche angelegt sein und gleichermaßen deutsche und französische Rechercheinfrastrukturen einbinden. Dadurch dass sich die Internetseite an deutsche und französische Forscher richtet, kann sie die Rechercheinstrumente des jeweils anderen Landes bekannt machen und somit einen Beitrag zum Wissens- und Bestpractice-Transfer leisten.

Raum für Veröffentlichungen des Netzwerkes bietet darüber hinaus auch die ***Revue de l'IFHA***.

Die im Verlauf der Projektarbeit durchgeführten Workshops und Tagungen sollen in eigenen Publikationen, sei es als **Web-Edition von Working Papers** oder als **Tagungsband**, dokumentiert werden. Dies gilt insbesondere für die im vierten Projektjahr vorgesehenen drei **internationalen Tagungen**, denen durch hochwertige Publikationen besondere Sichtbarkeit verschafft werden muss.

Die Vermittlung von Informationen in die Fachöffentlichkeit kann sich darüber hinaus auf die in Deutschland und Frankreich bereits bestehenden **Cyber-Infrastrukturen**.

Diese etablierten und als Referenz anerkannten Plattformen garantieren zum einen eine breite öffentliche Wahrnehmung in der Forschercommunity über die deutsch-französischen Grenzen hinaus und zum anderen eine optimale Präsenz in den herkömmlichen und wissenschaftlichen Suchmaschinen. Die projekteigene Website verzeichnet, verbindet und systematisiert die Veröffentlichungen in verschiedenen Medien. Die oben genannten technischen Infrastrukturen sind alle mit RSS Feeds ausgestattet, die eine automatische Übernahme von Inhalten aus einem Informationssystem in einem anderen erlauben.

Jedes der Teilprojekte organisiert eine **internationale Fachtagung** zur Diskussion der Ergebnisse mit einer breiten Fachöffentlichkeit.

Am Ende der Forschungsarbeiten der Projektmitarbeiter soll jeweils eine **Monographie** stehen, deren wichtigste Ergebnisse durch Aufsätze in führenden Fachjournalen Verbreitung finden werden. Insgesamt sind achtzehn Monographien aus den drei Teilprojekten des Netzwerks zu erwarten.

Darüber hinaus ist vorgesehen, dass jedes Teilprojekt einen gemeinsamen **Abschlussband** erarbeitet, der gleichermaßen das theoretische Rahmenkonzept wie die behandelten Fallstudien in ihrer wechselseitigen Durchdringung darstellt und so die Essenz der fünfjährigen gemeinsamen Arbeit der Teilprojekte wissenschaftlich dokumentiert.

## b) Verwertung in der Öffentlichkeit

Bereits in der Anfangsphase wird das Projekt mit einer Eröffnungsveranstaltung im Rahmen der Feierlichkeiten zum **50. Jahrestag des Elysee-Vertrages** publik gemacht; in Paris oder Berlin soll dazu eine Veranstaltung unter dem Titel des Netzwerkes "Saisir l'Europe - Europa als Herausforderung" organisiert werden. Hier käme es darauf an, gleichermaßen herausragende und öffentlichkeitswirksame Akteure aus Wissenschaft, Praxis und Medien zusammenzubringen, die ihre jeweiligen Erfahrungen und Deutungen der europäischen Herausforderung thematisieren. Die Leitthemen aller drei Teilprojekte sollten dabei in jeweils eigenen Abschnitten der Veranstaltung zum Thema werden. Wünschenswert wäre eine Einbindung der beiden fördernden Ministerien aus Frankreich und Deutschland auf hoher Ebene. Größtmögliche Sichtbarkeit wäre hier durch die **Anwesenheit der beiden Minister(innen)** gegeben. Ziel der Veranstaltung wäre darüber hinaus die Kontaktaufnahme mit der breiteren wissenschaftlichen Welt, mit potentiellen Mitarbeitern auf Doc- und Postdoc-Ebene, mit Gesprächspartnern aus der Praxis sowie mit Medienvertretern.

Der Abschluss des Projekts fällt im Jahr 2017 mit den Feierlichkeiten zum **Jubiläum der Römischen Verträge** zusammen. Auch hier soll das günstige Umfeld genutzt werden, um weite Sichtbarkeit für die Ergebnisse des Projektes zu erreichen. Hier gilt es erneut, eine Veranstaltung mit großer Öffentlichkeitswirkung auf die Beine zu stellen. Im

Mittelpunkt sollen hier – im Sinne eines **Book-Release-Events** – die Ergebnisse der Forschungsarbeit der drei Teilprojekte stehen, die durch herausragende wissenschaftliche und politische Persönlichkeiten gewürdigt werden. Geplant ist in diesem Kontext auch die Präsentation von **Webclips**, die dazu geeignet sind, die Fragen und Ergebnisse der einzelnen Teilprojekte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen. Bei Webclips handelt es sich um kurze dokumentarische Filme, deren Hauptverbreitungsmedium das Internet ist. Ihre Verbreitung erfolgt über die Website des Netzwerk und insbesondere über *social networks*, durch die sie ein breites Publikum erreichen.

Zur laufenden Vermittlung in eine breitere Öffentlichkeit gilt es, die **Medienpartnerschaften** der beteiligten Institutionen zu nutzen: France Culture, RFI und Deutschlandradio sind hier ebenso relevant wie die großen Tages- und Wochenzeitungen in beiden Ländern oder die Kontakte zum Fernsehen, insbesondere zu arte. Zunehmend gewinnen auch **Soziale Netzwerke** Relevanz für die Kommunikation zwischen wissenschaftlicher und breiterer Öffentlichkeit; diese Möglichkeit sollen auch die Arbeitsgruppen des Netzwerkes nutzen.

### c) Verwertung in der Praxis

Die wissenschaftliche Arbeit an gegenwartsrelevanten Themen steht unweigerlich im Austausch mit den Akteuren des jeweiligen Forschungsfeldes, mit Betroffenen, gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Verbänden, Experten und Praktikern. Letztere sollen nicht nur Forschungsobjekte, sondern auch Partner für die Reflexion und Forschung werden. Gemeinsam mit ihnen sollen die untersuchten Phänomene besser verstanden und – so die Hoffnung – Konzepte zur Lösung von drängenden Problemen entwickelt werden. Die im Gespräch zwischen Wissenschaft und Praxis geknüpften Kontakte sind die Grundlage für die Vermittlung und Verwertung der Forschungsergebnisse in der Praxis. Dieser Effekt soll darüber hinaus noch durch je eine **praxisbezogene Veranstaltung** pro Teilgruppe in der Schlussphase im Jahr 2017 verstärkt werden, bei welcher der Austausch mit den Akteuren der Praxis im Mittelpunkt stehen soll.

### d) Übersetzungen

Um das Postulat der Zweisprachigkeit des Projekts auch in der Öffentlichkeitsarbeit konkret umzusetzen, müssen Übersetzungsaufgaben einfach und systematisch erledigt werden, ohne dass sie ein unüberwindliches Hindernis darstellen. Werbematerial und Internetplattform sind von Anfang an zweisprachig konzipiert. Je nach Bedarf soll auf Dolmetscher oder Übersetzer zurückgegriffen werden.

## 2. Spezifische Verwertungsmaßnahmen der Teilprojekte

### a) Verwertung Teilprojekt I

Im Rahmen der **Eröffnungsveranstaltung** (Elysee Jubiläum) strebt das Projekt Kooperationen mit den Sozial- und Arbeitsministerien in Paris und Berlin an. Geplant ist eine Veranstaltung, die die Rolle nationaler Sozialpolitik im europäischen Rahmen theoretisch, historisch, aber auch ausdrücklich in ihren praktischen Dimensionen thematisieren soll. Das Projekt wird im Rahmen der Eröffnung eine Veranstaltung organisieren, bei der deutsch-französische sozialpolitische Verflechtungen und wechselseitige Einflüsse auf die Entwicklung der beiden Sozialstaaten diskutiert, aber auch Vergleiche zwischen den unterschiedlichen Verständnissen von Sozialpolitik und ihren Wirkungen auf einzelnen Politikfeldern (etwa Familienpolitik) gezogen werden sollen. Dies soll einer breiteren Öffentlichkeit die dynamische Positionierung von Sozialstaatlichkeit in ihren sozialen, rechtlichen und historischen Dimensionen im binationalen wie europäischen Gefüge verdeutlichen.

Darüber hinaus bietet es sich an, das **fünfzigjährige Jubiläum des Inkrafttretens der Europäischen Sozialcharta** (2015) zum Anlass zu nehmen, über soziale Rechte in Europa zu reflektieren und eine deutsch-französische Vortragsreihe zu konzipieren, an der Juristen, Sozialwissenschaftler, Historiker und Philosophen mitwirken. Veranstaltungen könnten in Berlin und Paris stattfinden und in einem Internet-Forum und/oder einem Fernsehformat zusammengebunden werden. In diesem Zusammenhang steht auch bereits die aktive Beteiligung von Gabriele Metzler am Jubiläum des Bundessozialgerichts, anlässlich dessen über die Fundierung von Sozialrecht diskutiert wird.

Zur **Vermittlung zwischen Wissenschaft und Praxis** sind die binationalen und europäischen Debatten sind schließlich in einem anderen Format weiterzuentwickeln, das es erlaubt, das auf diesem Wege gewonnene Wissen auf „unteren Ebenen“ des Sozialstaats zu thematisieren. So wäre etwa anzustreben, Vertreter der Arbeitsämter von Paris und Berlin in einem Gespräch über Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Umgang mit Arbeitslosigkeit zusammenzubringen; oder Sozialarbeiter aus den Pariser *banlieues* und Berliner „Problemvierteln“ über die Reichweite sozialpolitischer Regelungen reflektieren zu lassen. Wir erwarten von solchen Aktivitäten, wie sie insbesondere von den wissenschaftlichen Mitarbeitern konzeptionell zu entwickeln sind, eine enge Verklammerung von Forschung und Praxis bzw. Forschung und Öffentlichkeit.

In der **Abschlussveranstaltung** (Jubiläum Römische Verträge) gilt es, nicht nur in Form von **Book-Release-Events** in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verlagen die Aufmerksamkeit der Fachkollegen zu gewinnen, sondern auch eine besonders öffentlichkeitswirksame Form der Präsentation der Ergebnisse des Teilprojekts zu finden. Geplant ist es daher, pro Teilprojekt einen **kurzen Dokumentarfilm (Webclip)** in Auftrag zu geben. Im Rahmen des Teilprojekts I wäre hier etwa an die vergleichende Geschichte eines Arbeitslosen in Paris und Berlin zu denken. Diese Filme könnten

einerseits im Rahmen der Abschlussveranstaltung präsentiert, in einem zweiten Schritt dann über die Website und soziale Netzwerke verbreitet werden.

## b) Verwertung Teilprojekt II

Im Rahmen der **Eröffnungsveranstaltung** anlässlich des Jubiläums des Elysée-Vertrags wird das Teilprojekt II vorschlagen, sich der ganzen Vielfalt der sowohl intellektuellen wie politischen Traditionen bezüglich Umweltfragen beiderseits des Rheins zu widmen. Ein Vergleich der deutschen und französischen Traditionen wird dann eine Grundlage bieten für eine auf die europäische Ebene erweiterte Perspektive, und sie wird Analysen weiterer Länder einschließen. Das Neuartige an diesem Vergleich besteht darin, dass zwei Objekte zusammen betrachtet werden, die für gewöhnlich voneinander getrennt werden: Es werden hier umwelt- und rohstoffbezogenes Denken und Praktiken einerseits, Denken und Praktiken der territorialen Governance andererseits gemeinsam in den Blick genommen. Dazu müssen die verschiedenen Disziplinen zusammengebracht werden, damit die verschiedenen nationalen Geschichten und Traditionen in ihren Verschränkungen untersucht und Konvergenzprozesse sowie Kooperationsbeispiele ebenso wie Entscheidungen für divergierende Politiken erklärt werden können.

Eine **praxisorientierte Veranstaltung** gemeinsam mit den Akteuren, die sich politisch für nachhaltige Entwicklung einsetzen, wird Gelegenheit bieten, die genannten Fragen in ihrer zeitgenössischen und praktischen Dimension zu behandeln. Diese Veranstaltung wird in Zusammenarbeit mit dem *Observatoire national des agenda 21 locaux et pratiques territoriales du développement durable* auf französischer Seite, der *Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)* auf deutscher Seite ausgerichtet werden. Das Ziel besteht darin, anhand konkreter Beispiele aus Frankreich und Deutschland und anderen europäischen Ländern zu untersuchen, wie den Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung in europäischen Gebieten praktisch begegnet wird. Die Veranstaltung bietet die Chance zum Erfahrungsaustausch zwischen Praktikern, sie soll aber auch zur Diskussion zwischen Nachwuchswissenschaftler/inne/n des Netzwerks *Saisir l'Europe – Europa als Herausforderung*“ und Akteuren anregen, die sich alltäglich in der Politik der Nachhaltigkeit engagieren.

Das Institut français d'histoire in Frankfurt wird seinen Partnern vorschlagen, das „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“ im Jahre 2014 Fragen der Nachhaltigkeit zu widmen. Sollte dieser Vorschlag angenommen werden, wird es sinnvoll sein, einige weitere Partner hinzuzuziehen, insbesondere das UMR LARHRA (Werkstatt für Historische Forschung Rhône-Alpen) unter Guillaume Garner, Bernd Herrmann von der Universität Göttingen sowie Bernhard Jussen vom Historischen Seminar der Universität Frankfurt, um die verschiedenen Forschungsgruppen, die zu einer solchen Veranstaltung beitragen könnten, mit einzubeziehen.

Im Rahmen der **Abschlussveranstaltung** ist geplant einen Webclip zum Thema Nachhaltigkeit zu präsentieren. Für ein solches Vorhaben wurde bereits Kontakt aufgenommen zu jungen Dokumentarfilmern wie Anne Schiltz (« *Stam. Nous restons là* », 2007, « *Orangerie* », 2011, « *Bucarest, Bloc TD 21* », 2011) sowie Simon Brunel und

Nicolas Pannetier vom Atelier Limo. Ihre Arbeiten bewegen sich an der Grenze zwischen wissenschaftlicher Untersuchung und künstlerischer Darstellung und vermögen auch komplizierte Sachverhalte einem breiten Publikum darzulegen.

### c) Verwertung Teilprojekt III

Im Rahmen der **Eröffnungsveranstaltung** (Elysee-Jubiläum) ist eine Diskussionsveranstaltung mit dem Berliner Innensenator und seinem französischen Kollegen über Gewaltprobleme in ihren jeweiligen Städten denkbar. Die politischen Akteure sollen im Gespräch mit Wissenschaftlern und Betroffenen die Aspekte gegenwärtiger städtischer Gewalt erörtern und die Nützlichkeit des Konzeptes des "Gewaltraumes" abwägen.

Als **praxisorientierte Veranstaltung** ist hier die Zusammenarbeit mit Akteuren von Berliner oder Pariser Gewaltbrennpunkten anvisiert. Erste Kontakte bestehen bereits mit der "Konfliktagentur im Sprengelkiez" im Berliner Wedding sowie mit der Quartiersmanagerin Ayten Köse, die für erfolgreiche Gewaltprävention im Berliner Rollbergviertel steht. Vergleichbare Akteure wären auch auf französischer Seite zu suchen. So käme erstens ein grenzüberschreitender Dialog der Praktiker über – zumindest auf den ersten Blick – verwandte Problem in Gang; zweitens gilt es hier, eine Diskussion zwischen Praxis und Wissenschaft zu etablieren. Vertreter der Wissenschaft sollen dabei nicht nur die Mitarbeiter des Teilprojekts sein, sondern auch führende Vertreter der Fachdebatte.

In der **Abschlussveranstaltung** (Jubiläum Römische Verträge) soll neben der Präsentation der Arbeitsergebnisse, auch in Form eines **Book-Release-Events** auch eine Visualisierung und Vermittlung durch einen **kurzen Dokumentarfilm (Webclip)** erfolgen. Im Rahmen des Teilprojekts III könnte hier etwa ein Leben in einem sozialen Brennpunkt in Berlin oder Paris zum Thema werden.



## V. Arbeitsteilung in einer Netzwerkstruktur mit langfristiger Perspektive

### 1. Projektpartner

Die Träger des Projektes arbeiten seit langen Jahren auf dem Gebiet der deutsch-französischen Wissenschaftsbeziehungen in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Ihre Kooperation erstreckt sich sowohl auf eine Vielzahl gemeinsamer Veranstaltungen, wie auf größere Forschungsprojekte und vernetzte Doktorandenausbildung wie das deutsch-französische Doktorandenkolleg "Unterschiede denken".

Folgende Institutionen wollen für das Projekt "Saisir l'Europe – Europa als Herausforderung" ihre Kräfte vereinen.

*Centre interdisciplinaire d'études et de recherches sur l'Allemagne (CIERA)*

Das CIERA ist eine 2001 gegründete und von zehn französischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen gemeinsam getragene Einrichtung, die gemeinsam vom DAAD und vom französischen Hochschulministerium sowie aus den Beiträgen der Mitgliedsinstitutionen finanziert wird. Hauptaufgabe des CIERA ist die verbesserte Strukturierung und Förderung der Deutschland-Studien, insbesondere der Doktorandenausbildung, sowie der Hochschul- und Forschungskooperation zwischen Deutschland und Frankreich im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften. Es verfügt über ein Netz von ca. 450 eingeschriebenen Doktorandinnen/Doktoranden und ca. 200 ausgewiesenen Wissenschaftlern.

*Centre Marc Bloch (CMB)*

Das Centre Marc Bloch ist eine bi-nationale und interdisziplinäre Einrichtung. Seit seiner Gründung im Jahr 1992 widmet es sich der Forschung und Nachwuchsausbildung auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das CMB wird vom französischen Außenministerium, vom CNRS sowie vom deutschen und französischen Forschungsministerium finanziert. In seinen acht Arbeitsgruppen, welche die vielfach drittmittelgeförderte Forschung des CMB strukturieren, werden Geschichte, Politik und Gesellschaft in West- und Osteuropa und der Welt in komparativer Perspektive behandelt. Seit 2011 ist das CMB ein "An-Institut" der HU. Das Projekt "Saisir l'Europe - Europa als Herausforderung" wird die erfolgreiche Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung fortsetzen.

**Das Centre Marc Bloch übernimmt die Durchführung des BMBF-finanzierten Anteils am Teilprojekt III "Herausforderung urbane Gewalträume" und ist für die Koordination des hier beantragten BMBF-finanzierten Forschungsverbundes als Teil des Gesamtnetzwerks "Saisir l'Europe - Europa als Herausforderung" verantwortlich.**

### *Humboldt Universität zu Berlin (HUB)*

Die Humboldt Universität zu Berlin ist seit über zweihundert Jahren die Alma Mater der preußischen und deutschen Hauptstadt. In einem Prozess der Umstrukturierung nach der politischen Wende von 1990 hat sie hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Ost und West, aus dem In- und Ausland für sich gewonnen. Heute sind über 30.000 Studierende an der Universität eingeschrieben und sie erreicht in nationalen und internationalen Vergleichen Spitzenplätze unter den zehn besten deutschen Hochschulen. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der HUB erforschen gesellschaftlich relevante Themen und Fragen der Zukunft, suchen nach Lösungen und kommunizieren die Ergebnisse an die Öffentlichkeit. Die Partnerschaft mit dem Centre Marc Bloch und das Engagement für das deutsch-französische Netzwerk „Saisir l'Europe – Europa als Herausforderung“ knüpft inhaltlich an bestehende Forschungsschwerpunkte der HU Berlin an, beispielsweise an die Arbeit der „Berlin Graduate School for Social Sciences“ oder des „Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung“.

**Das Institut für Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin übernimmt die Durchführung des BMBF-finanzierten Anteils am Teilprojekt I "Herausforderung Sozialstaat".**

### *Institut français d'Histoire en Allemagne Francfort sur le Main (IFHA)*

In der Trägerschaft des französischen Außenministeriums und als Nachfolgeorganisation der "Mission historique française en Allemagne" in Göttingen hat sich das IFHA seit 2009 in Frankfurt etabliert. Neben den Aktivitäten der Wissenschaftsvermittlung in eine breitere Öffentlichkeit besteht der Kern seiner Aufgaben in der Durchführung eines wissenschaftlichen Programms in den Geschichtswissenschaften in ihrer interdisziplinären Erweiterung. Zwischen Frankreich und Deutschland und von der Antike bis zum 20. Jahrhundert, in interdisziplinärer, internationaler und interkultureller Herangehensweise. Nachwuchsförderung, Veröffentlichungen, Mobilitätsförderung, Aufnahme von Forschern, Übersetzungen sowie wissenschaftliche Partnerschaften sind die wichtigsten Zentren seiner Aktivität. Ein Kooperationsvertrag verbindet das IFHA mit der Goethe Universität Frankfurt, die das Institut auf ihrem Campus untergebracht hat.

### *Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main*

Die Goethe-Universität ist eine forschungsstarke Hochschule in der europäischen Finanzmetropole Frankfurt. Sie wurde 1914 als erste Stiftungsuniversität Deutschlands von Frankfurter Bürgern gegründet und ist heute mit 41.350 Studierenden die drittgrößte Universität Deutschlands. Rund 30 Prozent ihres Budgets werden aus Drittmitteln bestritten. Seit Anfang des Jahrtausends durchläuft die Goethe-Universität einen dynamischen Veränderungsprozess. Kennzeichen dafür sind die Rück-Umwandlung zur Stiftungsuniversität 2008, die der Universität ein einzigartiges Maß an Eigenständigkeit gibt, Qualitätsoffensiven in Lehre und Forschung, verstärkte Kooperationen mit externen

Partnern und zahlreiche Neubauten. Gemeinsam mit dem IFHA möchte sich die Uni Frankfurt nun auch im Projekt "Saisir l'Europe - Europa als Herausforderung" engagieren. Dies einerseits in Erweiterung des Exzellenzclusters "Die Herausbildung normative Ordnungen", andererseits durch die Einrichtung einer eigenen Abteilung im Rahmen der neuen Doktorandenschule der Universität.

### **Die Goethe-Universität übernimmt die Durchführung des BMBF-finanzierten Anteils am Teilprojekt II "Herausforderung Nachhaltigkeit".**

#### *Deutsches Historisches Institut Paris (DHIP)*

Das DHIP besteht seit 1958. Es ist ein zentraler Akteur international ausgerichteter historischer Forschung im Verbund der Stiftung Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland. Es ist der Vermittlungsfunktion der Geisteswissenschaften verpflichtet und nimmt hierbei insbesondere für wissenschafts- und gesellschaftspolitische Themen eine aktive Rolle zwischen Deutschland und Frankreich ein. Die in den beiden Wissenschaftskulturen verankerten Historiker/innen des DHIP forschen zu Themen der westeuropäischen Geschichte von der Spätantike bis zur Gegenwart. Die Forschungsprojekte beschäftigen sich vorwiegend mit deutsch-französischer Geschichte und mit Interaktionen in Europa. Über den primären historischen Erkenntnisfortschritt hinaus stellt die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses einen essentiellen Bestandteil der am Institut betriebenen Forschung dar. Durch Veranstaltungen, Schriftenreihen, die Zeitschrift *Francia* und die Bibliothek vermittelt das Institut ebenso zwischen deutscher und französischer Geschichtswissenschaft wie durch intensive Beratung.

#### *Fondation de la Maison des sciences de l'homme, Paris (FMSH)*

Die Fondation Maison des sciences de l'homme (FMSH) in Paris ist eine Stiftung öffentlichen Rechts, die sich als eine gemeinsame Einrichtung der französischen Universitäten und Wissenschaftseinrichtungen versteht. Ihre zentralen Aufgaben sind die Förderung innovativer und interdisziplinärer Forschungsprojekte in den Geistes- und Sozialwissenschaften und die internationale Forschungsk Kooperation. Die FMSH unterhält eine der wichtigsten sozialwissenschaftlichen Forschungsbibliotheken in Frankreich, bietet internationale Mobilitätsprogramme für Postdoktoranden an und finanziert Gastprofessuren an französischen Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Daneben koordiniert sie für die *Institut français de recherche à l'étranger (IFREs)* – zu denen auch das IFHA und das CMB gehören – Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer. Eine herausgehobene Rolle spielt das deutsch-französische Programm der FMSH, das einen wichtigen Motor des deutsch-französischen Wissenschaftsaustauschs darstellt; hierzu gehören Stipendienprogramme für Nachwuchswissenschaftler/innen, trilaterale Forschungskonferenzen „Villa Vigoni“, ein deutsch-französisches Übersetzungsprogramm für Monographien sowie die Zeitschrift "Trivium".

## **2. Doktoranden und Postdoktoranden**

Die Forschung im Netzwerk wird vor allem von Postdoktoranden und Doktoranden geleistet, sie bilden drei Arbeitsgruppen zur Durchführung der drei Teilprojekte. Die Postdoktoranden und Doktoranden werden durch europaweite Ausschreibungen von einer Kommission (s.u.) ausgewählt. Die Postdoktoranden sind für fünf Jahre; die Doktoranden für drei Jahre beim Netzwerk angestellt.

Sechs Postdoktoranden und zwölf Doktoranden sind als Mitglieder des Netzwerkes an alle projektragenden Institutionen angebunden und profitieren so von einer vereinfachten Mobilität. Diejenige Institution, an der sie sich aufhalten, ist verpflichtet, ihnen im Rahmen der Möglichkeiten eine Infrastruktur für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die Rechte und Pflichten der Doktoranden und Postdoktoranden regelt die jeweilige Institution.

Wenn dies gewünscht ist, können die Doktoranden bei ihrer deutschen Herkunftsuniversität eingeschrieben bleiben und auch dort ihre Promotionsprüfung ablegen. Ihre akademischen Betreuer(innen) können sie auch als Mitglieder des Netzwerkes beibehalten. Alternativ ist auch die Promotionsprüfung an den am Netzwerk beteiligten Universitäten möglich. Die französischen Doktoranden müssen in einer der Mitgliedsinstitutionen des CIERA eingeschrieben sein.

### 3. Wissenschaftliche Partnerinstitutionen der drei Teilprojekte

Die Teilprojekte suchen sie Partnerinstitutionen in Frankreich und Deutschland, die auf dem jeweiligen bearbeiteten Gebiet führend sind.

#### a) Partner des Teilprojekts I

Das **Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS)** beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Aspekten von Staatlichkeit, Ungleichheit, Zugehörigkeit und Exklusion (siehe hierzu Arbeiten von Ulrich Bielefeld, Heinz Bude, Nikola Tietze und Berthold Vogel). Dabei geht es sowohl um normative Bezüge von Staatlichkeit und Sozialstaatlichkeit und deren Veränderung (Vogel), um neue Formen der Exklusion (Bude), um Zugehörigkeitsstrukturen (Tietze) und Fragen des Zusammenhangs des Sozialen und des Politischen (Bielefeld) und deren aktuelle Veränderungen. Zudem wurden durch Übersetzungen (Castel, Rosanvallon, Paugam) und Kooperationen (um nur eine zu nennen: Catherine Colliot-Thélène) theoretische Konzeptionen und empirische Forschungen aus Frankreich aktiv in die deutschen Debatten und Diskurse einbezogen. Mit dem SOFI (Göttingen) ergibt sich zudem eine personelle Überschneidung (B. Vogel ist Mitarbeiter des HIS und Direktor des SOFI).

An der **Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder** forschen Arnaud Lechevalier, vormals Mitarbeiter des Centre-Marc-Bloch, und Tim Beichelt über das soziale Europa. Sie berücksichtigen insbesondere die Interferenzen zwischen den Beschäftigungssystemen und den sozialen Leistungssystemen in der Europäischen Union, wobei sie analysieren, wie das Prinzip der Subsidiarität im sozialpolitischen Bereich

durch übergeordnete wirtschafts- und finanzpolitische Strategien ausgehöhlt wird. Dabei stützen sie sich auf die Untersuchung von konkreten Problemen des Arbeitsmarktorganisation, der Alters- und Gesundheitsversorgung und der Einkommenspolitik.

Auf der französischen Seite beschäftigt sich das Zentrum **Groupe de Sociologie Politique Européenne in Straßburg** (Universität Straßburg und CNRS) unter der Leitung von Jay Rowell und Vincent Dubois mit den Problemen des Umbaus von Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat im europäischen Kontext. Dabei werden besonders die Beziehungen der betroffenen „Benutzer“ zu den sozialpolitischen Akteuren und zur öffentlichen Hand, die Verbindungen zu Familien-, Gesundheits-, Wohnungs- und Stadtpolitik sowie die Verflechtungen von Sozial- und Kulturpolitik erforscht.

Am **Laboratoire d'Etude et de Recherche sur l'Economie, les Politiques et les Systèmes sociaux** an der **Universität Toulouse-1** bearbeiten Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen unter anderem Probleme der Koordination von Governance-Praktiken und räumlich-territorialen Gegebenheiten. Gabriel Colletis beschäftigt sich mit den sozialen Auswirkungen raum- und ortsbezogener Industriestrategien im deutsch-französischen Vergleich.

## b) Partner des Teilprojekts II

Das Teilprojekt „Herausforderung Nachhaltigkeit“ wird sich auf eine Reihe von Partnerschaften stützen. In Deutschland wird insbesondere das **Ludwig Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen** kooperieren, mit dem das Frankfurter Institut français d'histoire langfristige Beziehungen pflegt. Eingehen soll auch die Partnerschaft mit der **Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft** (siehe zu beiden den Abschnitt "Vorarbeiten der Antragsteller".)

Für die historischen Zusammenhänge soll sich das Projekt auf eine enge Zusammenarbeit mit **Prof. Dr. Jens Ivo Engels** (angefragt), Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Darmstadt stützen. Engels hat im Bereich der Umweltgeschichte in einer Weise geforscht, die Ideengeschichte und Politikgeschichte integriert. Über ihn wird es möglich sein, französische und deutsche Doktoranden in *co-tutelle* zu betreuen und die gemeinsamen Projekte der dortigen Gruppe zu verfolgen.

Die Geographen in der Forschungswerkstatt **„Environnement, ville, société“** an der Universität Lyon und der dortigen Ecole Normale Supérieure beschäftigen sich bereits seit längerem mit der territorialen Governance in Europa. Dem Netzwerk „Saisir l'Europe – Herausforderung Europa“ wird insbesondere ihre Sachkenntnis hinsichtlich der osteuropäischen Länder und der neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union zugute kommen. Ihre Einbeziehung in den Masterstudiengang „Systèmes territoriaux, aide à la décision, développement durable“ verschafft ihnen Zugang zu einem Pool von Doktoranden, die sich mit ähnlichen Fragen beschäftigen wie das Teilprojekt.

### c) Partner der Teilprojekts III

Das **Hamburger Institut für Sozialforschung** (HIS) ist ein einschlägiger Partner im Bereich der Gewaltforschung. Einerseits ist die Gewaltforschung einer der Schwerpunkte seit Gründung des Instituts. Zu diesem Thema gibt es vielfältige sowohl theoretische (u.a. J. Ph. Reemtsma und B. Greiner) und historisch-empirische Arbeiten. Zudem wurde eine Untersuchung zum Verhältnis von Zugehörigkeit, Territorium und Sprechere durchgeführt (Tietze, im Erscheinen), liegt eine neue Studie zur Geschichte von Raumvorstellungen und deren Praxis vor (Ulrike Jureit) und es wird in einer Kooperation mit der Universität Hamburg (Urs Stäheli u.a.) ein Graduiertenkolleg mit dem Thema ‚Neue Kollektivitäten‘ angestrebt, mit dem sich vielfältige thematische Überschneidungen und Ergänzungen ergeben. Am Arbeitsbereich ‚Nation und Gesellschaft‘, an dem seit langem deutsch-französische Kooperationen durchgeführt werden (siehe etwa König/Willaime), wird zudem eine Vergleichsstudie zur unterschiedlichen Praxis und Bedeutung von Aufständen (émeute), Rassenunruhen (race riots) und anderen Praxen ‚kollektiver‘ Gewalt durchgeführt (in Vorstädten von Paris und Brüssel sowie im Londoner Stadtteil Tottenham).

Die historische Dimension des Projekts verstärkt als zweiter Partner der Lehrstuhl Frühe Neuzeit der **Universität Dresden**, geleitet von **Gerd Schwerhoff**, der seit Jahren mit maßgeblichen Arbeiten zur Kriminalitätsgeschichte, zur Stadtgeschichte, zur Geschichte der Gewalt und zur Geschichte der religiösen Devianz seit dem Mittelalter hervorgetreten ist. In letzter Zeit ist im Rahmen der Sonderforschungsbereiche 536 „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ sowie 804 „Transzendenz und Gemeininn“ als ein weiterer Forschungsschwerpunkt die Untersuchung öffentlicher Räume (Machträume der frühneuzeitlichen Stadt, Geschichte des Wirtshauses) hinzugekommen.

Ein dritter Partner des Projekts ist schließlich in Frankreich der **Centre de recherches sociologiques sur le droit et les institutions pénales** (CESDIP) in Guyancourt. Insbesondere der hier gesetzte Forschungsschwerpunkt zum Thema „Geschichte und Soziologie von Rechtsnormen“ ist für das Thema „urbane Gewaltträume“ von großem Interesse. Zwischen dem Centre Marc Bloch und dem CESDIP bestehen seit langem gute Kooperationsbeziehungen, die im Rahmen des vorliegenden Projektes noch vertieft werden sollen.

## 4. Formen der Zusammenarbeit

In der praktischen Umsetzung soll das Projekt die Form eines zunächst fünfjährigen Netzwerks haben, das Forschung und Doktorandenausbildung eng miteinander verbindet: Es setzt sich aus deutschen, französischen und deutsch-französischen Forschungszentren und Universitäts- und Hochschuleinrichtungen zusammen, die einen Teil ihrer wissenschaftlichen Arbeit in den Dienst des Gemeinschaftsprojekts "Saisir l'Europe / Europa als Herausforderung" stellen. Das Netzwerkprinzip soll es erlauben, einen Kern von circa 36 Teilnehmern (achtzehn ausgewiesene Wissenschaftler, sechs Postdoktoranden, zwölf Doktoranden) zusammenzubringen.

Die institutionelle Struktur des Netzwerkes ist folgendermaßen angelegt:

#### a) Leitung des Netzwerkes

Die Leitung des Netzwerkes erfolgt durch ein **Leitungsgremium**, in das jeder der Projektpartner einen Vertreter entsendet. Das Leitungsgremium trägt die wissenschaftliche und organisatorische Verantwortung für das Gesamtprojekt.

Das Leitungsgremium wählt ein französisches und ein deutsches Mitglied zu Sprechern des Netzwerkes. Die **Sprecher** übernehmen gemeinschaftlich den Vorsitz des Leitungsgremiums. Ihnen obliegt die Aufsicht über die operative Umsetzung der Beschlüsse des Leitungsgremiums und somit über die Koordination des Netzwerkes.

Doktoranden, Postdoktoranden und Koordinatoren können mit konsultativer Stimme zu den Sitzungen des Leitungsgremiums hinzugezogen werden.

#### b) Koordination des Netzwerkes

Im Sinne einer reibungslosen organisatorischen Durchführung des Projektes wird dem CIERA und dem CMB die praktische Koordination des Netzwerkes entsprechend der Beschlüsse des Leitungsgremiums übertragen. Die beiden genannten Einrichtungen sind insbesondere von der Gesamtheit der Projektpartner damit beauftragt, die Förderanträge für die Projektfinanzierung bei den Zuwendungsgebern BMBF und MESR einzureichen. CIERA und CMB werden auch autorisiert, im Namen des gesamten Netzwerkes die Fördersummen der Projektfinanzierung entgegenzunehmen und die vereinbarten Anteile an die anderen Projektpartner weiterzuleiten.

Die Koordination des Gesamtprojekts soll durch ein Dreierteam ins Werk gesetzt werden, das aus zwei wissenschaftlichen Koordinatoren (Postdoktoranden oder Wissenschaftler) sowie einem Webmaster besteht. Diesem Koordinationsteam, das an HU, CMB und CIERA angesiedelt ist, obliegt die organisatorische Umsetzung der Netzwerkarbeit im Auftrag des Leitungsgremiums und unter der Aufsicht der Sprecher, inklusive der Verwaltung der Haushaltsmittel für den laufenden Betrieb.

#### c) Auswahlkommission(en)

Zur Rekrutierung der Koordinatoren, Doktoranden und Postdoktoranden erweitert sich das Leitungsgremium wie im folgenden beschrieben zur Auswahlkommission, die über die nach internationaler Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen entscheidet.

Das Leitungsgremium entscheidet über die Auswahl der Koordinatoren.

Zur Auswahl der sechs Postdoktoranden und damit der Leiter der drei Arbeitsgruppen werden einmalig 2012 drei Auswahlkommissionen in unterschiedlicher Besetzung

gebildet. Sie bestehen jeweils aus mindestens zwei Mitgliedern des Leitungsgremiums sowie Vertretern der wissenschaftlichen Partner der jeweiligen Arbeitsgruppe.

Zur Auswahl der zwölf Doktoranden für die drei Arbeitsgruppen werden einmalig im September 2013 drei Auswahlkommissionen gebildet. Sie bestehen jeweils aus mindestens zwei Mitgliedern des Leitungsgremiums, aus den Postdoktoranden, die Leiter der jeweiligen Arbeitsgruppe sind, sowie aus Vertretern der wissenschaftlichen Partner derselben.

#### **d) Arbeitsgruppen der Teilprojekte**

Die Arbeit der Teilprojekte wird in zunächst drei zeitgleich durchgeführten Arbeitsgruppen durchgeführt, die sich den Themen der unten beschriebenen Teilprojekte widmen. Jede Arbeitsgruppe wird von zwei Postdoktoranden geleitet und umfasst im Kern mindestens vier Doktoranden; die Gruppen sollen nach Möglichkeit paritätisch französisch-deutsch, interdisziplinär und in einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis besetzt sein.

Auf dem jeweiligen Gebiet kompetente Wissenschaftler der antragstellenden Institutionen schließen sich den Arbeitsgruppen an. Dies gilt auch für die Fellows der im LABEX 2 RFIEA+ zusammengeschlossenen *Instituts d'études avancés*.

Doktoranden mit eigener Finanzierung können nach Vorschlag der die Arbeitsgruppe leitenden Postdoktoranden und auf Beschluss des Leitungsgremiums den Arbeitsgruppen angegliedert werden.

Darüber hinaus gehen die Arbeitsgruppen Partnerschaften mit Institutionen ein, die auf dem jeweiligen Gebiet führend sind (siehe oben).

#### **e) Jahresversammlung**

Anlässlich der jährlichen Netzwerktreffen trifft sich die Jahresversammlung des Netzwerkes. Sie setzt sich zusammen:

- aus den Mitgliedern des Leitungsgremiums,
- aus je einem Doktoranden und einem Postdoktoranden der drei Arbeitsgruppen,
- aus den Vertretern der wissenschaftlichen Partnerinstitutionen,
- weitere Mitglieder des Netzwerkes können mit konsultativer Stimme an den Beratungen teilnehmen.

Zu den Aufgaben der Jahresversammlung gehört der Informationsaustausch über den Verlauf der Arbeit der Gruppen und des Netzwerkes und deren kritische Bewertung. Die Jahresversammlung entwickelt die mittel- und langfristigen Perspektiven des Netzwerkes – auch über die fünfjährige Laufzeit hinaus, etwa über neu einzurichtende Forschungsachsen, und gibt Leitlinien für die weitere Drittmittelinwerbung.



## **f) Wissenschaftlicher Beirat**

Der Wissenschaftliche Beirat setzt sich aus vier auf den bearbeiteten Forschungsgebieten kompetenten Wissenschaftlern zusammen, die aus keiner der im Netzwerk organisierten Institutionen stammen.

Der Wissenschaftliche Beirat tritt im ersten Projektjahr zu einer konstituierenden Sitzung zusammen. Am Ende des zweiten und am Ende des vierten Projektjahres finden seine beiden Hauptsitzungen statt.

Die Mitglieder des Beirats evaluieren die Arbeitsgruppen und des Netzwerkes aufgrund von Tätigkeitsberichten. Sie beraten das Leitungsgremium bei der mittel- und langfristigen strategischen Ausrichtung des Netzwerkes.

## **5. Langfristige Perspektiven des Netzwerkes**

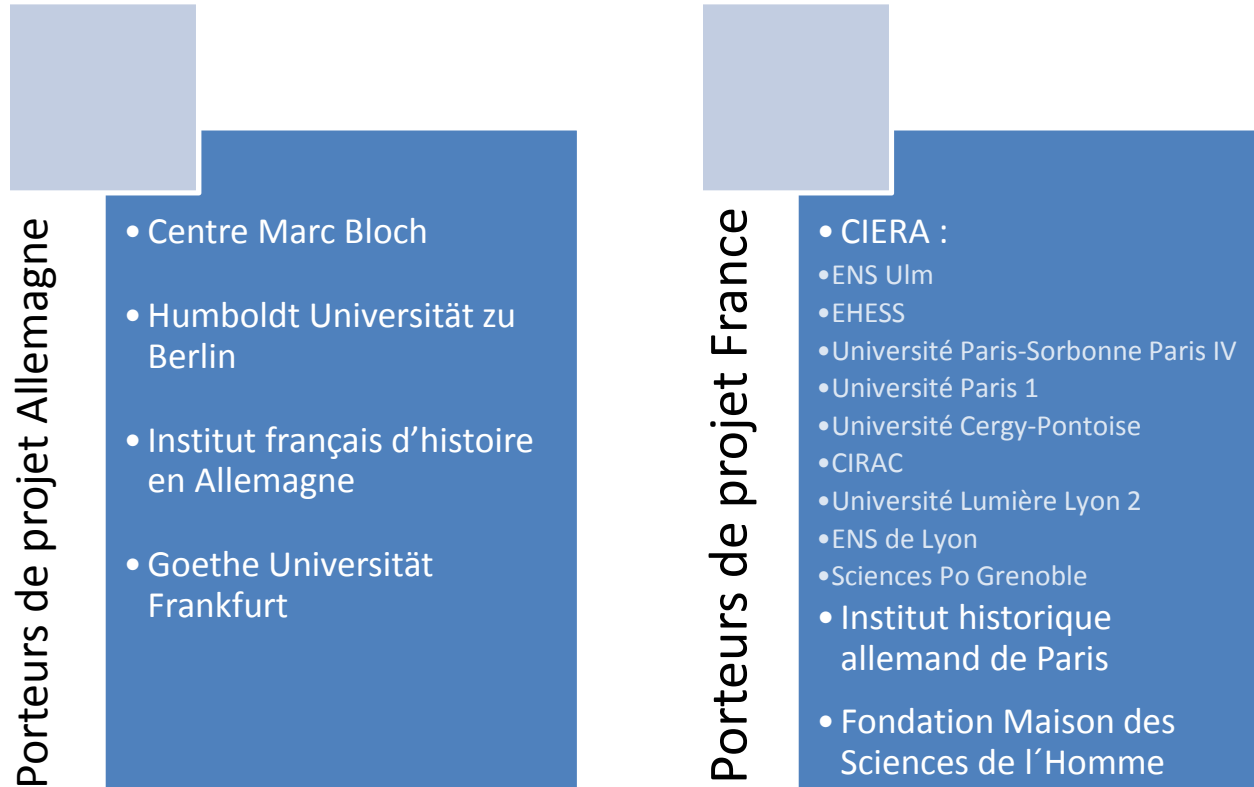
Im Rückgriff auf die in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen markiert das Projekt für alle beteiligten Partner eine neue Stufe. Zwar bestehen Kooperationen zwischen den beteiligten Institutionen seit langem, nicht jedoch eine koordinierte und vernetzte gemeinschaftliche Forschung. Darüber hinaus hat das Projekt den Anspruch, zu einer besseren Sichtbarkeit der verschiedenen Akteure beizutragen, die auf dem Feld der Forschung und des wissenschaftlichen Austauschs in den Geistes- und Sozialwissenschaften zwischen Deutschland und Frankreich tätig sind. Durch gemeinsame Forschung und Ausbildung über Europa als Herausforderung wird ein in dieser Form noch nie dagewesenes Netzwerk zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen, das der Doktoranden- und Postdoktorandenausbildung im Geiste der Mobilität und der Öffnung zu anderen europäischen Ländern dient – ausgehend von einem bewährten deutsch-französischen Fundament.

Dieses Fundament soll auch über die hier beantragte Förderphase von fünf Jahren hinaus Bestand haben. Entsprechend wird die Netzwerkstruktur mit einer Finanzierung aus den Eigenmitteln der antragstellenden Institutionen versehen. So entsteht ein Werkzeug der strategischen Forschungsplanung, das sich weiterentwickeln und wachsen kann. Es wächst eine "mittlere" Ebene der strategischen Forschungsentwicklung, die zwischen den einzelnen Forschern und Instituten und den Fördereinrichtungen koordinierend aktiv wird. Hier können zukunftssträchtige Forschungsfelder ausgemacht, vernetzte Forscher-Teams rekrutiert und die Ressourcen der beteiligten Institutionen mit Finanzierungen von Dritten zusammengebracht werden. Wünschenswert wäre, dass das Netzwerk mit Mitteln ausgestattet würde, um – ähnlich wie etwa das Berliner "Forum Transregionale Studien" – Anschubfinanzierungen für die Ausarbeitung von Drittmittelanträgen geben zu können.

Ursprünglich in einem deutsch-französischen Rahmen konzipiert, hat das Projekt den Anspruch, auch andere europäische Partner einzubinden. In einem ersten Schritt ist hier an das Netzwerk der Deutschen Historischen Institute, der DAAD-Zentren und der

Instituts français de recherche à l'étranger (IFREs) zu denken. Die Einbindung weiterer Partner kann in Form punktueller Zusammenarbeit (etwa im Rahmen eines Werkstattgesprächs, eines Studientages o.ä.) erfolgen oder auch in eine längerfristige Kooperation münden. So soll aus dem deutsch-französischen Kern des Netzwerkes im Laufe der Jahre ein europäisches und globales Netzwerk erwachsen, das die europäische Forschungslandschaft und insbesondere die Förderinstrumente der Europäischen Union in den Geistes- und Sozialwissenschaften im Blick hat.

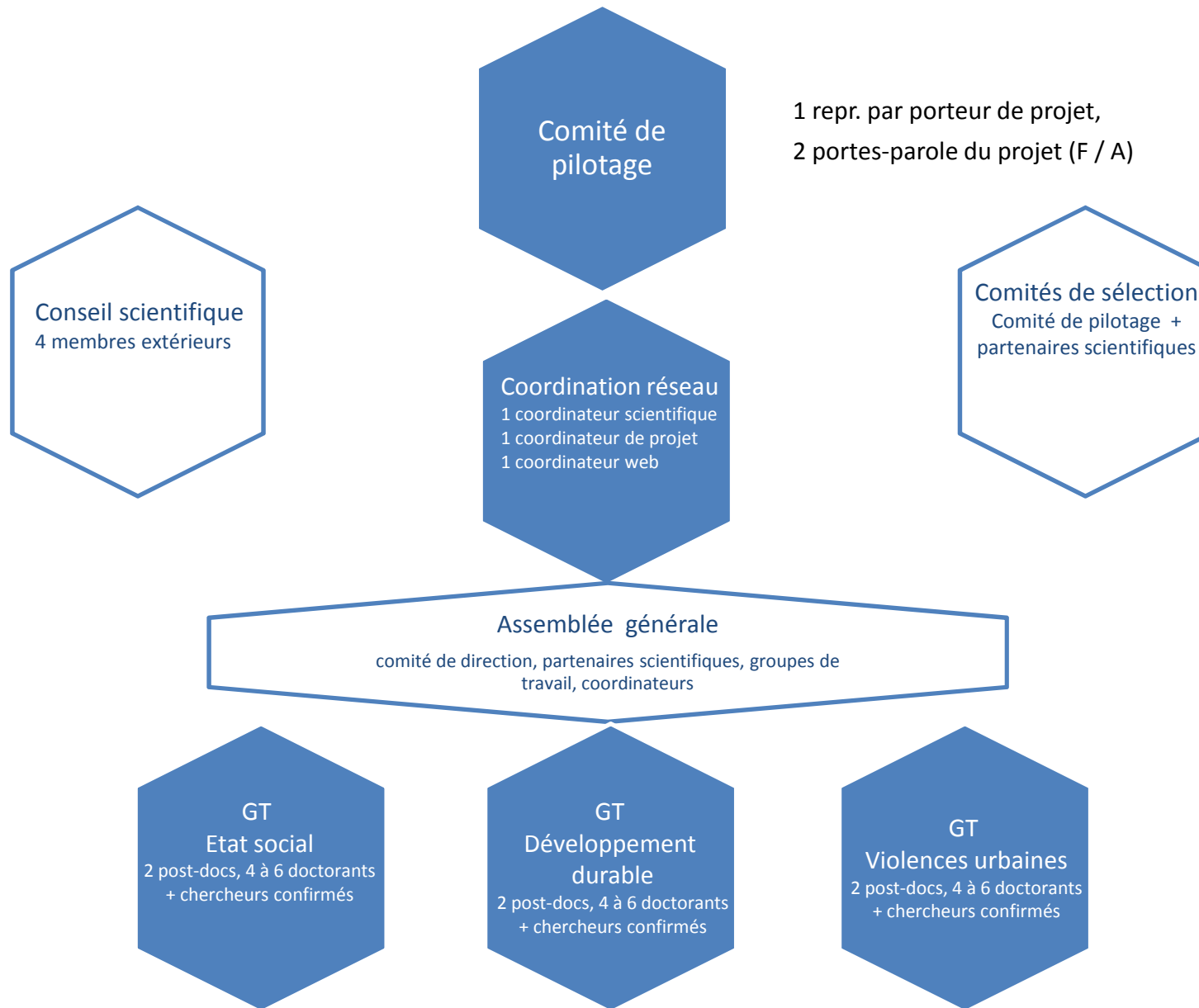
## Un réseau franco-allemand



### Partenaires scientifiques

- Hamburger Institut für Sozialforschung
- Universität Viadrina
- GSPE Université de Strasbourg
- LEREPS Université Toulouse 1
- Senkenbergische Naturforschende Gesellschaft
- Uhland Institut der Universität Tübingen
- SFB « Transzendenz und Gemeinsinn » TU Dresden
- CESDIP, UVSQ

# La structure du réseau



## Anhang 1: Balkenplan

